

ARGUMENTARIUM

Eidgenössische Volksinitiative
«**Keine 10-Millionen-Schweiz!**
(Nachhaltigkeits-Initiative)»



25. Juni 2023

Inhaltsverzeichnis

1. Inhalt der Initiative in Kürze	3
2. Initiativtext	4
3. Kurze Geschichte der Nachhaltigkeits-Initiative	6
4. Entwicklung der Schweizer Bevölkerung	9
5. Thematisierung in den Medien und Wissenschaft	12
6. Bevölkerungswachstum im Vergleich	16
7. Wohnflächenwachstum und Wohnungsbau	19
8. Dramatische Staubelastung	21
9. Fachkräftemangel als Teufelskreis	22
10. Strapazierte Sozialwerke	25
11. Überforderte Schulen	26
12. Steigender Stromverbrauch	28
13. Zunehmende Grünflächen-Verbauungen	30
14. Zuwanderung verhindert Erreichung der Klimaziele	31
15. Abnahme von Anbaufläche und Bauernbetrieben	32
16. Zusätzlicher Trinkwasser-Verbrauch	33
17. Fazit	34

1. Inhalt der Initiative in Kürze

Nachhaltigkeits-Initiative **Keine** **10-Millionen-** **Schweiz!**



Infolge der unkontrollierten Einwanderung in unser Land droht uns demnächst die 10-Millionen-Schweiz. Nach dem Zustrom von netto 180'000 Personen im letzten Jahr (2022) – was der Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt entspricht – muss jetzt endlich gehandelt werden, weil eine 10-Millionen-Schweiz unsere Infrastruktur überfordert, unsere Gesundheitsversorgung und die schweizerischen Sozialversicherungen überlastet, unsere Natur zerstört und die Mieten noch mehr in die Höhe treibt.

Da die Politiker in Bern nichts unternehmen, muss jetzt die Bevölkerung handeln. Unterschreiben auch Sie unsere Volksinitiative und sagen Sie ...

- ✓ **JA zu einer nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung statt zu einer ungesteuerten, ungebremsten Zuwanderung.**
- ✓ **JA zu einer Schweiz, deren ständige Wohnbevölkerung 10 Millionen Menschen vor dem Jahr 2050 nicht überschreitet.**
- ✓ **JA zum Schutz der Umwelt und der dauerhaften Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen.**

Das will die Initiative erreichen:

- eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung statt einer ungesteuerten, ungebremsten Bevölkerungsexplosion;
- eine Schweiz, deren ständige Wohnbevölkerung 10 Millionen Menschen vor dem Jahr 2050 nicht überschreiten darf.

Wie soll das erreicht werden?

- Der Bund muss sicherstellen, dass dieser Grenzwert eingehalten wird;
- Bund und die Kantone werden verpflichtet, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten Massnahmen für eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung zu treffen;
- der Schutz der Umwelt sowie die dauerhafte Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen sind zu berücksichtigen;
- die Leistungsfähigkeit unserer Infrastrukturen, der Gesundheitsversorgung und der schweizerischen Sozialversicherungen ist zu erhalten;

- im Fall des Überschreitens der ständigen Wohnbevölkerung von 9,5 Millionen Menschen vor dem Jahr 2050:
 - Bundesrat und Parlament müssen Massnahmen zur Einhaltung des Grenzwertes von 10 Millionen umsetzen, insbesondere im Asylbereich und beim Familiennachzug;
 - vorläufig Aufgenommene sollen keine Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligungen, kein Schweizer Bürgerrecht und kein anderweitiges Bleiberecht mehr erhalten. Vorbehalten sind die Bestimmungen des zwingenden Völkerrechts;
 - der Bundesrat führt Neuverhandlungen von rechtsverbindlichen oder nicht rechtsverbindlichen bevölkerungswachstumstreibenden internationalen Übereinkommen oder handelt Ausnahme- oder Schutzklauseln aus beziehungsweise setzt diese um;
- sollte die ständige Wohnbevölkerung 10 Millionen Menschen überschreiten:
 - müssen der Bundesrat und die Bundesversammlung alle ihnen zur Verfügung stehenden Massnahmen zur Einhaltung des Grenzwertes treffen und dabei internationale Abkommen auf den nächstmöglichen Termin kündigen, insbesondere der UNO-Migrationspakt, sofern die Schweiz diesen unterzeichnet hat;
 - muss das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU auf den nächstmöglichen Termin gekündigt werden, falls bei Nichteinhaltung des Grenzwerts von 10 Millionen bei der ständigen Wohnbevölkerung zwei Jahre nach dem erstmaligen Überschreiten keine Ausnahme- und Schutzklauseln zur Einhaltung dieses Grenzwertes ausgehandelt oder angerufen werden konnten.

2. Initiativtext

Wortlaut der Eidgenössischen Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz (Nachhaltigkeits-Initiative)»

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 73a	Nachhaltige Bevölkerungsentwicklung
¹	Die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz darf zehn Millionen Menschen vor dem Jahr 2050 nicht überschreiten. Ab 2050 kann der Bundesrat den Grenzwert jährlich durch Verordnung um den Geburtenüberschuss anpassen. Der Bund stellt sicher, dass der Grenzwert eingehalten wird.
²	Bund und Kantone treffen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten Massnahmen für eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung, insbesondere zum Schutz der Umwelt und im Interesse der dauerhaften Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, der Leistungsfähigkeit der Infrastrukturen, der Gesundheitsversorgung und der schweizerischen Sozialversicherungen.
³	Die ständige Wohnbevölkerung umfasst alle schweizerischen Staatsangehörigen mit einem Hauptwohnsitz in der Schweiz sowie alle ausländischen Staatsangehörigen mit

einem Aufenthaltstitel für mindestens zwölf Monate oder mit einer Aufenthaltsdauer in der Schweiz von mindestens zwölf Monaten.

Art. 197 Ziff. 15¹

15. Übergangsbestimmungen zu Art. 73a (Nachhaltige Bevölkerungsentwicklung)

¹ Überschreitet die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz vor dem Jahr 2050 neuneinhalb Millionen Menschen, so treffen der Bundesrat und die Bundesversammlung im Rahmen ihrer Zuständigkeiten Massnahmen im Hinblick auf die Einhaltung des Grenzwertes gemäss Artikel 73a Absatz 1, insbesondere im Asylbereich und beim Familiennachzug. Der Bundesrat unterbreitet der Bundesversammlung einen entsprechenden Gesetzesentwurf. Ab dem Zeitpunkt der Überschreitung erhalten vorläufig Aufgenommene keine Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung, kein Schweizer Bürgerrecht und kein anderweitiges Bleiberecht. Vorbehalten sind die zwingenden Bestimmungen des Völkerrechts. Der Bundesrat strebt ausserdem im Hinblick auf die Einhaltung des Grenzwertes gemäss Artikel 73a Absatz 1 die Neuverhandlung bevölkerungswachstumstreibender internationaler Übereinkommen, seien sie rechtsverbindlich oder nicht, oder die Aushandlung von Ausnahme- oder Schutzklauseln an. Sehen Übereinkommen solche Klauseln vor, so ruft der Bundesrat sie an.

² Überschreitet die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz den Grenzwert gemäss Artikel 73a Absatz 1, so treffen der Bundesrat und die Bundesversammlung alle ihnen zur Verfügung stehenden Massnahmen zur Einhaltung des Grenzwertes. Absatz 1 gilt entsprechend. Jedoch sind internationale Übereinkommen im Sinn von Absatz 1 auf den nächstmöglichen Termin zu kündigen, insbesondere der Globale Pakt vom 19. Dezember 2018 für eine sichere, geordnete und reguläre Migration (UNO-Migrationspakt), falls die Schweiz diesen unterzeichnet hat. Ist der Grenzwert gemäss Artikel 73a Absatz 1 nach Ablauf von zwei Jahren seit seiner erstmaligen Überschreitung noch nicht wieder eingehalten und konnten bis dahin keine Ausnahme- oder Schutzklauseln ausgehandelt oder angerufen werden, mit denen die Einhaltung des Grenzwertes gemäss Artikel 73a Absatz 1 erreicht wird, so ist auch das Abkommen vom 21. Juni 1999² zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit (Personenfreizügigkeitsabkommen) auf den nächstmöglichen Termin zu kündigen.

³ Der Bundesrat erlässt die Ausführungsbestimmungen in Form einer Verordnung innerhalb eines Jahres nach Annahme von Artikel 73a durch Volk und Stände. Die Verordnung gilt bis zum Inkrafttreten der von der Bundesversammlung erlassenen Ausführungsbestimmungen.

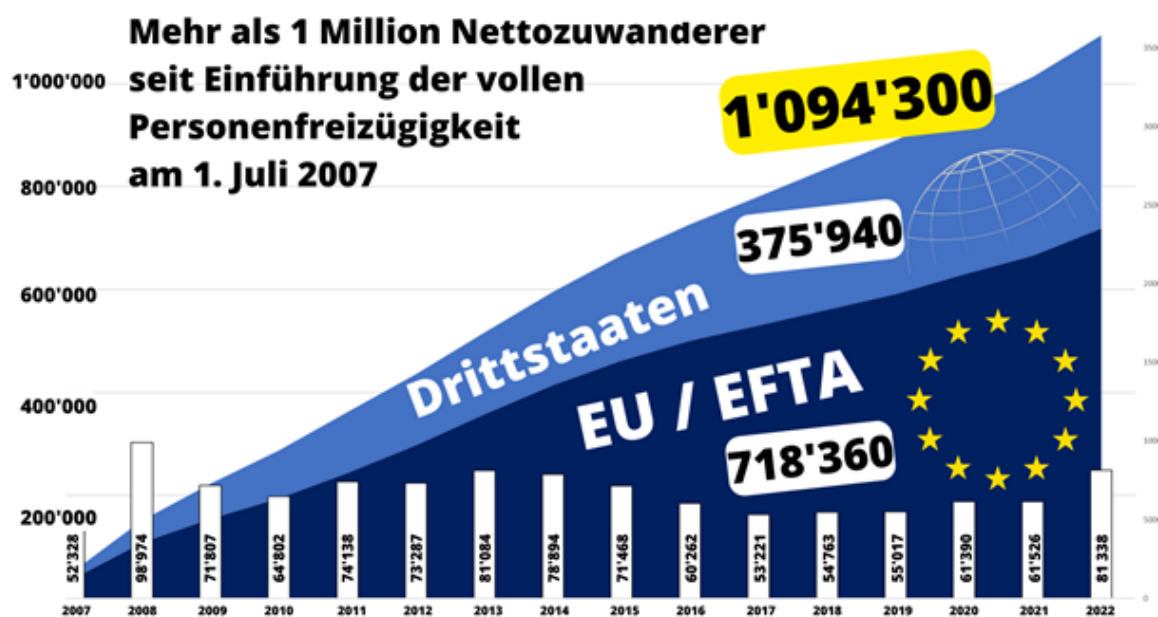
¹ Die endgültige Ziffer dieser Übergangsbestimmungen wird nach der Volksabstimmung von der Bundeskanzlei festgelegt.

² SR 0.142.112.681

3. Kurze Geschichte der Nachhaltigkeits-Initiative

Das dringendste, grösste und brennendste Problem der gegenwärtigen Schweizer Politik ist die Bevölkerungsentwicklung, welche jedes vernünftige Mass sprengt. Die Gründe sind folgende:

- Masseneinwanderung aus der EU als Folge der Personenfreizügigkeit (PFZ);
- Einwanderung aus Drittstaaten;
- explodierende Asylzahlen, vor allem aus Afrika und dem Mittleren Osten;
- Familiennachzug infolge der Personenfreizügigkeit, der Asylsuchenden und der Einwanderung aus Drittstaaten.



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis des Wanderungssaldos der ständigen ausländischen Bevölkerung, SEM.

Infolge einer eigentlichen Bevölkerungsexplosion droht demnächst die 10-Millionen-Schweiz. Nach dem Zustrom von netto über 180'000 neuen Menschen in einem einzigen Jahr (2022) – was der Bevölkerung der Stadt Basel entspricht – soll jetzt endlich gehandelt werden. Da die Politiker in Bern nichts unternehmen und auch die Kantone keinen Druck auf den Bund machen, muss jetzt die Bevölkerung handeln. Unzählige Schreiben und Bitten von Bürgerinnen und Bürgern innerhalb und ausserhalb der SVP fordern unsere Partei auf, endlich etwas Konkretes zu tun und zu handeln.

Am 28. März 2023 hat die SVP des Kantons Zürich auf einstimmigen Antrag des Vorstandes beschlossen, bei der Lancierung einer «Nachhaltigkeits-Initiative» den Lead zu übernehmen. Der Text war damals bereits formuliert und befand sich zur Vorprüfung in der Bundeskanzlei. Die SVP hat dank ihrem jahrzehntelangen Kampf gegen die Masseneinwanderung und gegen den Asylmissbrauch gerade bei diesem Thema eine hohe Glaubwürdigkeit.

Am 1. Juli 2023 hat die Delegiertenversammlung der SVP Schweiz entschieden, eine Eidgenössische Volksinitiative mit dem Titel «Keine 10-Millionen-Schweiz!

(Nachhaltigkeits-Initiative)» zu lancieren, wobei die SVP des Kantons Zürich die organisatorische Leitung übernimmt. Die Kantonalparteien aller grossen Kantone haben ihre volle Unterstützung zugesagt, ebenso die Junge SVP Schweiz.

Denn jedes einzelne Problem, an dem wir in unserem Land leiden, hat mit dem masslosen, unregelmässigen Bevölkerungswachstum zu tun. Dies betrifft grosse Kantone mit städtischen Agglomerationen und vielen Arbeitsplätzen stärker, doch leiden durchaus auch die kleineren, ländlichen Kantone am masslosen Bevölkerungsdruck. Die Auswirkungen sind zahlreich:

- Ungestoppte und verantwortungslose Zubetonierung der Schweizer Natur, der Grünflächen und unserer Heimat aufgrund von immer mehr Einwohnern.
- Drohender Strommangel und Blackouts. Dies alles, obwohl der Pro-Kopf-Verbrauch Jahr für Jahr sinkt, jeder von uns also weniger Strom verbraucht. Allein das Bevölkerungswachstum des letzten Jahres aufgrund der hohen Nettozuwanderung verschlingt 1,3 Terawattstunden³, was rund 9 mal mehr ist, als alle Windräder zusammen in der Schweiz liefern können.
- Wohnungsnot und unbezahlbarer Wohnraum, wobei die Medien den wahren Grund – die explodierende Nachfrage aufgrund der Zuwanderung – fast immer verschweigen. 4 von 5 Wohnungen in den letzten 20 Jahren mussten wegen des Bevölkerungswachstums gebaut werden.
- Wachsender Druck auf die Natur und die Biodiversität, da die Zubetonierung zu immer weniger Grünflächen führt, immer mehr Menschen sich in unserer Natur entspannen wollen und die Landwirtschaft gezwungen ist, auf immer weniger Fläche immer mehr Nahrung für immer mehr Menschen zu produzieren.
- Gefährdete Eigenversorgung mit gesunden, nachhaltigen und sicheren Produkten unserer Landwirtschaft. Felder, Weinberge und Ackerflächen müssen in rasantem Tempo (8 Fussballfelder pro Tag) unter einer wachsenden Betonplatte erstarren.
- Angeblicher Fachkräftemangel, von dem alle reden, wobei über die Hälfte der Zuwanderer nicht erwerbstätig ist und viele Teilzeit arbeiten. Diese Zuwanderer brauchen wiederum Fachkräfte im Spital, in der Schule, in der Verwaltung, in der Gastronomie usw. Es ist ein endloser, ausufernder Teufelskreis.
- Staustunden auf den Strassen, die sich seit 2007 mehr als verdreifacht haben.
- Überforderte Spitäler, obwohl keine Corona-Pandemie mehr herrscht, sondern weil ganz einfach zu viele Leute hier leben.
- Schulklassen mit oft nur noch zwei oder drei Kindern mit Schweizer Wurzeln. Wer integriert da wen?
- Sozialkosten wie die Invaliden- oder die Arbeitslosenversicherung, die durch die Zuwanderer viel stärker belastet werden als durch die Schweizer.

³ Berechnet auf eine Person, die hier wohnt und arbeitet.

- Kriminalität im Bereich schwerer Straftaten wird zur grossen Mehrheit von Zuwanderern verursacht. Es gibt Bezirksgefängnisse, deren Insassen oft zu über 80 Prozent aus Ausländern bestehen. Die Kosten des Strafvollzugs sind gewaltig.

So fällt unsere Schweiz auseinander! Die SVP-Basis und die Bevölkerung weit darüber hinaus verlangen eine Lösung. Wir leben heute schon in einer 9-Millionen-Schweiz und wollen keinesfalls eine 10-Millionen-Schweiz. Denn die heutige Bevölkerungspolitik ist das Gegenteil von nachhaltig.

Die Eckpunkte unserer Eidgenössischen Volksinitiative – wir nennen sie «Nachhaltigkeits-Initiative» – sehen so aus:

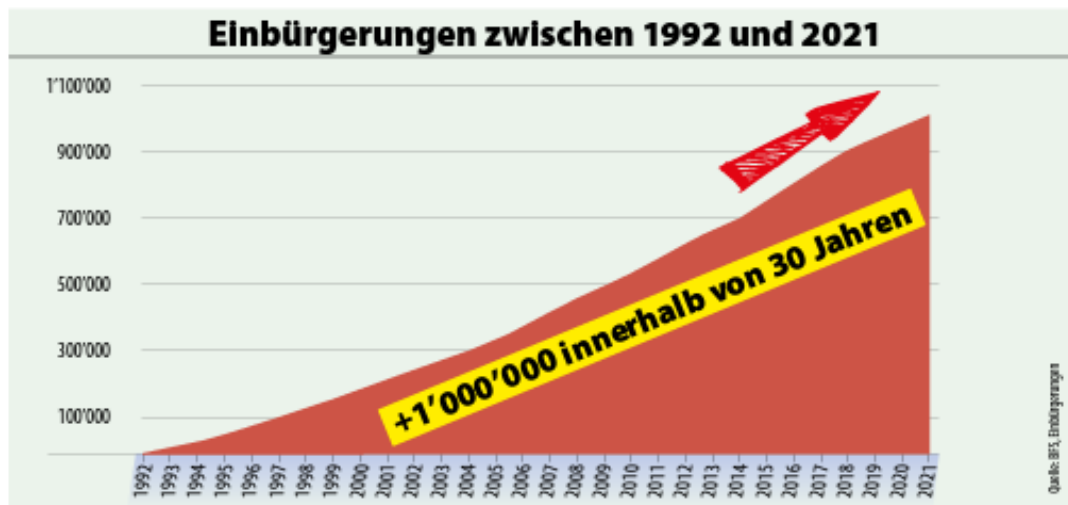
- Die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz darf zehn Millionen bis 2050 keinesfalls überschreiten. Ansonsten muss der Bundesrat die bevölkerungswachstumstreibenden internationalen Verträge kündigen – inklusive ein allfällig abgeschlossener UNO-Migrationspakt und das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU.
- Sobald die ständige Wohnbevölkerung 9,5 Millionen überschreitet, muss der Bundesrat Massnahmen treffen, insbesondere im Asylbereich und beim Familiennachzug.
- Eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung ist absolut nötig zum Schutz unserer Umwelt und im Interesse einer dauerhaften Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, der Leistungsfähigkeit unserer Infrastrukturen, der Gesundheitsversorgung, der Bildungseinrichtungen, der Stromversorgung und der Sozialwerke.

Stagnierender Wohlstand

Unser Wohlstand – gemessen am Inlandprodukt pro Kopf – stagniert nicht zufällig genau seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit im Jahr 2007. Bis 2001, der Einführung der Bilateralen I, betrug das jährliche Wirtschaftswachstum, gemessen am Brutto-Inlandprodukt pro Kopf jährlich 2 Prozent. Seither ist es kaum noch nachweisbar und liegt mittelfristig weit unter 1 Prozent. Diese Entwicklung zeigt deutlich: Es kommen zu viele und die Falschen. Die neu Zugewanderten senken die Produktivität der Schweiz.

Nur eine zahlenmässig begrenzte Schweiz führt zu qualitativem Wachstum und ist nachhaltig. Die schöne Schweiz mit ihrer hohen Lebensqualität hat es nicht verdient, zu einem zweiten Hongkong zu werden.

4. Entwicklung der Schweizer Bevölkerung



Quelle: BfS.

Zwischen 1700 bis 1914, dem Beginn des Ersten Weltkriegs, wuchs die Bevölkerung der Schweiz von 1,2 auf 3,9 Millionen Einwohner. Zwischen 1914 (3,9 Millionen Einwohner) und 2000 (7,1 Millionen Einwohner) hat sich die Bevölkerung der Schweiz fast verdoppelt. Das Abkommen über die Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der Europäischen Union, das 2002 in Kraft getreten ist, führte zu einem starken Zuzug an Immigranten. Allein im Jahr 2008 entsprach der Zuwachs an Einwohnern fast der Bevölkerung des Kantons Zug.⁴

Dramatische Zuwanderungszahlen

In den letzten Jahren wurde das Bevölkerungswachstum in unserem Land immer dramatischer. Im Jahr 2022 sind über 180'000 Menschen in unser Land eingewandert, mehr Menschen als die Stadt Basel zum Ende des gleichen Jahres Einwohner zählte (173'422). All diese Menschen brauchen unsere Infrastrukturen wie Strassen, Wohnungen, Spitäler oder Schulhäuser. Sie brauchen Energie und Strom. Sie brauchen Nahrungsmittel. Geht die ungebremsste Zuwanderung so weiter, werden wir in wenigen Jahren 10 Millionen Einwohner haben. 9 Millionen Einwohner haben wir bereits schon. Unser Land steht in vielen Bereichen am Rande eines Kollapses: Die Schweiz ist klein und der Raum begrenzt. Der Verkehr steht immer mehr still, Strassen und Schienen sind überlastet. Die schützenswerte Schweizer Natur wird immer weiter zubetoniert. In den Schulen sprechen immer weniger Schüler Schweizer-Mundart. Zugewanderte pflegen in Spitälern Zugewanderte. Es wird überall immer enger.

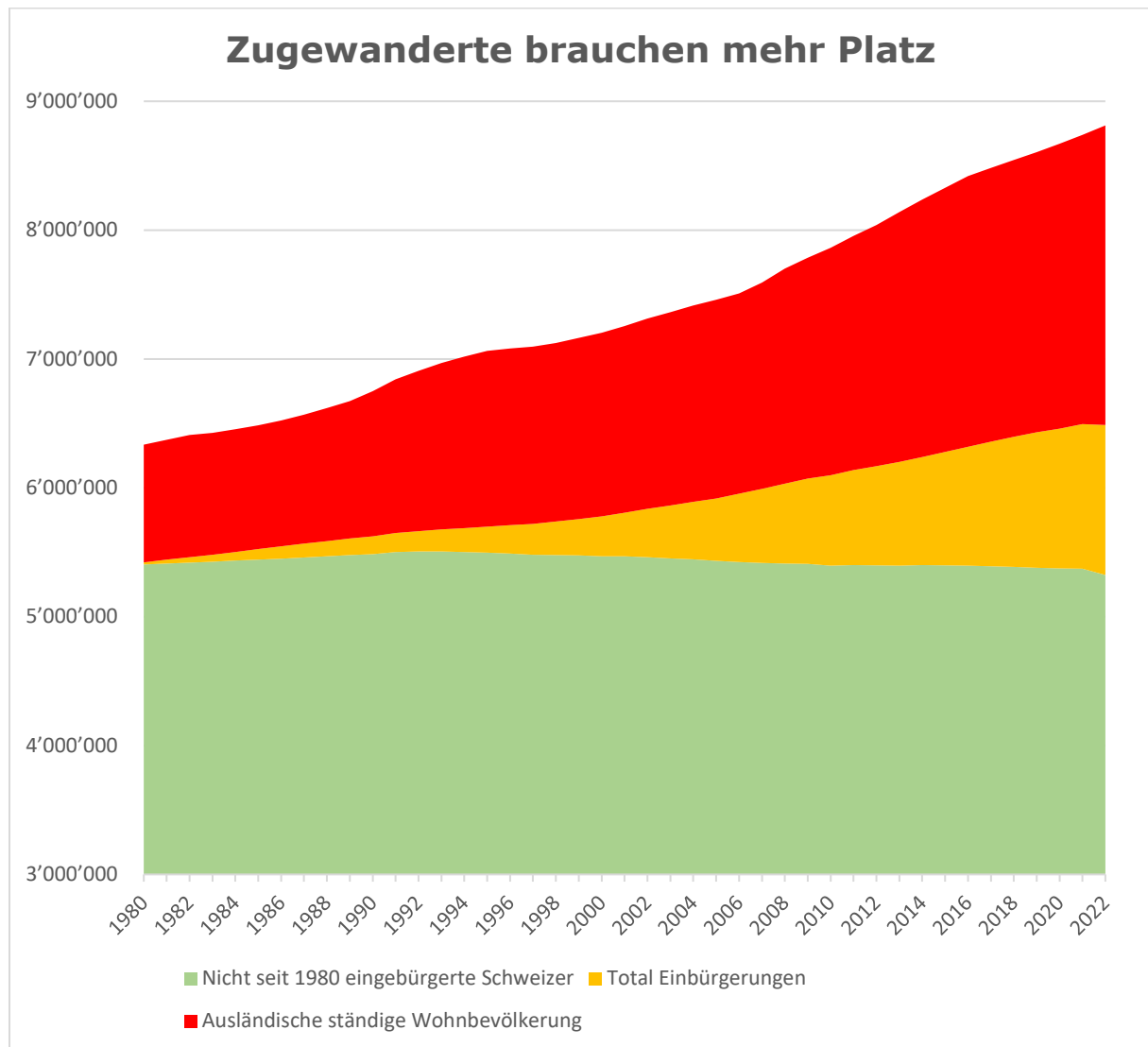
Zuwanderer verdrängen Schweizer

Der einzige Treiber des Bevölkerungswachstums in der Schweiz ist die Zuwanderung. Hätte es zwischen 1980 und heute keine Zuwanderung gegeben und wären die Einbürgerungen der Ausländer ausgeblieben, wäre die Bevölkerung in der Schweiz in absoluten Zahlen geschrumpft. Gleichzeitig wurden in den letzten dreissig Jahren mehr

⁴ Anne-Liese Head-König: Bevölkerung, in: Historisches Lexikon der Schweiz, 30.3.2012, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/007946/2012-03-30/>

Historische Statistik der Schweiz, hrsg. von Hansjörg Siegenthaler und Heiner Ritzmann, Zürich 1996.

als eine Million Ausländer eingebürgert, davon 610'000 seit der Einführung der vollen Personenfreizügigkeit 2007.



Die SVP will keine 10-Millionen-Schweiz. Doch genau dies erwartet uns bereits in wenigen Jahren, laut den Szenarien des Bundes um das Jahr 2040. Hier handelt es sich um eine Untertreibung. Der Bundesrat und die Verwaltung haben schon oft komplett falsche Migrationsszenarien präsentiert.

Bundesrat hat Zuwanderung massiv unterschätzt

Zu erinnern sei etwa an die Studie «Integration und Arbeitsmarkt, Auswirkungen einer Annäherung der Schweiz an die Europäische Union». Diese hat Prof. Dr. Thomas Straubhaar von der Universität der Bundeswehr in Hamburg 1999 im Auftrag des Bundesrates verfasst. Die Arbeit erschien auch in der Schriftenreihe «Beiträge zur Wirtschaftspolitik» Nr. 3 des damaligen Bundesamtes für Wirtschaft und Arbeit (BWA). So lautete wörtlich die Voraussage von Professor Straubhaar kurz vor der Abstimmung über die Personenfreizügigkeit:

Plausibilitätsüberlegungen lassen eine *Obergrenze* des Einwanderungspotenzials von (netto) jährlich 10'000 EU-Angehörigen vermuten. Eine höhere Wahrscheinlichkeit hat jedoch die Erwartung, dass das Einwanderungspotenzial (netto) weniger als 8'000 EU-Angehörige pro Jahr erreichen dürfte (netto bedeutet Einwanderung minus Rückwanderung).

Von Übergangsfristen hielt Prof. Dr. Thomas Straubhaar gar nichts: «Sie sind weder notwendig (da das Einwanderungspotenzial eh gering ist) noch sinnvoll, da die Schweiz von einem gemeinsamen Arbeitsmarkt lieber früher als später profitieren sollte.»⁵ Mit der Präzision dieser wissenschaftlichen Prognose führten Bundesrat und Parlament im Jahr 2000 den Abstimmungskampf über die Personenfreizügigkeit. Mit ihrer Abweichung von der Realität um den Faktor 10 haben sie an der Urne gewonnen.

Keine massive Einwanderung zu befürchten

Wie die Erfahrungen in der EU zeigen, sind die Ängste der Referendumskomitees, die Einwanderung aus EU-Staaten in die Schweiz werde stark zunehmen, nicht begründet: In Wirklichkeit sind die Wanderungsbewegungen innerhalb der EU gering. Unabhängige Studien kommen zum Schluss, dass negative Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und Löhne ausbleiben. Dank den zusammen mit den Sozialpartnern ausgearbeiteten flankierenden Massnahmen besteht ein umfassender Schutz vor Lohn- und Sozialdumping. Dies ist besonders für die Grenzkantone von Bedeutung. Im Übrigen ist wegen der hohen Ärztedichte in der Schweiz auch keine massive Zunahme von ausländischen Ärzten zu erwarten.

Mit dieser offiziellen Erläuterung zur Volksabstimmung über die EU-Personenfreizügigkeit hat der Bundesrat im Jahr 2000 dem Volk Sand in die Augen gestreut: «Wie die Erfahrungen in der EU zeigen, sind die Ängste des Referendumskomitees, die Einwanderung aus EU-Staaten werde stark zunehmen, nicht begründet. In Wirklichkeit sind die Wanderungsbewegungen innerhalb der EU gering.»⁶

Weiter behauptete der Bundesrat damals: «Im Übrigen ist wegen der hohen Ärztedichte in der Schweiz auch keine massive Zunahme von ausländischen Ärzten zu erwarten.»⁷ In Wahrheit besitzen mittlerweile laut Ärzteverband FMH fast 40 Prozent der in der Schweiz praktizierenden Ärzte ein ausländisches Diplom; 9 von 10 stammen dabei aus dem EU-Raum.⁸

⁵ Thomas Straubhaar: Integration und Arbeitsmarkt, Auswirkungen einer Annäherung der Schweiz an die Europäische Union, Wirtschaftswissenschaftliche Untersuchung zum Integrationsbericht, Beiträge zur Wirtschaftspolitik, Schriftenreihe BWA OFDE, UFSEL, Bern 1999, S. 5.

⁶ Volksabstimmung vom 21. Mai 2000, Bilaterale Abkommen mit der EU, Erläuterungen des Bundesrates, S. 11. file:///C:/Users/User%201/Downloads/erlaeuterungen_desbundesrates21052000%20(2).pdf

⁷ Ibid.

⁸ Peter A. Fischer: Mehr Verheissung als Gefahr. Die 10-Millionen-Schweiz wird absehbar. Die Personenfreizügigkeit hat entscheidend zum Wohlstand des Landes beigetragen. Damit dies so bleibt, braucht es einen weitsichtigen Umgang mit den Nachteilen der Zuwanderung, in: NZZ, 10.6.2023, S. 1.

5. Thematisierung in Medien und Wissenschaft

Themen wie Klima, Energie, Umwelt oder Versorgungssicherheit bewegen die Öffentlichkeit wie die Medien seit vielen Jahren und gehören in den jeweiligen Umfragen («Sorgenbarometer») zu den Spitzenreitern. Laut SRG/SSR Wahlbarometer vom März 2023 gewinnt auch die Zuwanderungsfrage wieder deutlich an Bedeutung.⁹ Während Politiker der Mitte und der Linken die besorgniserregende Bevölkerungsentwicklung nach wie vor möglichst nicht zur Kenntnis nehmen wollen, ist das Thema seit einigen Monaten auch in vorher dafür nicht zugänglichen Medien in die Schlagzeilen gekommen. Das weit verbreitete Unbehagen lässt sich nicht länger unter dem Deckel halten.

Interessanterweise haben selbst gewisse linke Politiker die Bevölkerungsexplosion in der Schweiz bereits vor zwanzig Jahren mit Sorge verfolgt – dies in einer Zeit, als unser Land noch 1,55 Millionen Menschen weniger umfasste. In ihrem «Gurten-Manifest» von 2001 schrieben die spätere Bundesrätin Simonetta Sommaruga und der Politologe Wolf Linder: «Die SP akzeptiert eine Begrenzung der Zuwanderung.» Damit eine Integration überhaupt noch möglich sei, müsse zumindest «die Zahl der ZuwanderInnen von ausserhalb des EU-Raums begrenzt werden».¹⁰

Ungebremszte Zuwanderung schränkt unseren Lebensstil ein

In seinem «Bericht Umwelt Schweiz» von 2018 konnte der Bundesrat dem Problem des Bevölkerungswachstums ebenfalls nicht ausweichen. Er sprach von einem «steilen Anstieg der Ressourcennutzung». Mit der Bevölkerungszahl seien der Energieverbrauch, der Düngemitelesatz oder der Wasserverbrauch stark angestiegen.¹¹ Stark betroffen vom Bevölkerungswachstum sei auch die Biodiversität: «Wenn natürliche Ressourcen nicht mehr in ausreichender Menge und Qualität zur Verfügung stehen, sind die Lebensqualität der Bevölkerung ebenso wie das wirtschaftliche Gedeihen gefährdet.»¹² Mit Blick auf das Bevölkerungswachstum – so der Bundesrat – müssten «künftig die Ansprüche von immer mehr Menschen in den Bereichen Ernährung, Wohnen, Mobilität und Tourismus gedeckt werden». Parallel dazu werde «die Nachfrage nach Boden und anderen Ressourcen weiter zunehmen».¹³

Kurz: Die Versorgung der Bevölkerung wird grossen Einschränkungen unterworfen werden. Neuerdings will der Bundesrat den Fleischkonsum drosseln und das wertvolle Kulturland für den Anbau von direkt verwertbaren pflanzlichen Lebensmitteln nutzen.¹⁴ Ganz nach dem Motto: mehr Zuwanderung vor der Haustüre und weniger Fleisch auf dem Teller!

Nach der Ablehnung der Massentierhaltungsinitiative durch Volk und Stände wies die «Neue Zürcher Zeitung» zudem auf den Zusammenhang zwischen Fleischkonsum und Bevölkerungswachstum hin: «Deshalb erstaunt es, dass die Fleischfeinde zwar heilige Kühe züchten, aber den Elefanten im Raum nicht sehen wollen. Sie haben keine Hemmungen, Bauern und Fleischproduzenten zu gängeln, trauen sich aber

⁹ <https://sotomo.ch/site/projekte/wahlbarometer-maerz-2023/>

¹⁰ Henri Huber, Tobias Kästli, Wolf Linder, Simonetta Sommaruga: Gurten-Manifest für eine neue und fortschrittliche SP-Politik, 10.5.2001, S. 6.

¹¹ Umwelt Schweiz 2018, Bericht des Bundesrates, S. 17.

¹² Ibid., S. 24.

¹³ Ibid., S. 101.

¹⁴ Zukünftige Ausrichtung der Agrarpolitik, Bericht des Bundesrates in Erfüllung der Postulate 20.3931 der WAK-S vom 20.8.2020 und 21.3015 der WAK-N vom 2.2.2021, 22.6.2022, S. 46, 58.

nicht, über die Gründe für den hohen Fleischkonsum zu reden: Denn nominal steigt der Fleischkonsum in der Schweiz nur, weil die Bevölkerung seit Jahren massiv wächst. Pro Kopf sinkt er seit geraumer Zeit und liegt deutlich unter dem Konsum der Nachbarländer.»¹⁵

Zuwanderer machen den Stromspareffekt der Schweizer zunichte

Im Frühling 2022 berichtete der «Blick» über die Gründe, warum die Schweiz ihre Sparziele in der Klima- und Energiepolitik nicht erreiche. Das Blatt warf dem Bund ausdrücklich vor, nicht alle Karten auf den Tisch zu legen. Denn eigentlich hätte das Land die Sparziele längst erreicht, doch das «Bevölkerungswachstum macht alle Bemühungen zunichte». Unter Nennung der entsprechenden Fakten und im Vergleich mit anderen Staaten wies der «Blick» nach, dass die Schweiz dank den Pro-Kopf-Einsparungen 10 Terrawattstunden weniger Strom verbrauchen würde und zitierte SVP-Nationalrat Mike Egger, der ausführte, man wolle diese Tatsache nicht hören: «Lieber hebt man weiter den Mahnfinger und versucht, weitere Verbote und Steuern einzuführen.»¹⁶

Abfallberge wegen Zuwanderung

Der «Nebelspalter» legte dar, dass offizielle Zahlen des Bundes die gravierenden Folgen der hohen Zuwanderung in die Schweiz für die Umwelt, die Klimabelastung und die Energieversorgung offenlegen würden. Die Zuwanderung sei zu 77 Prozent dafür verantwortlich, dass die Bevölkerungszahl in den letzten 25 Jahren um satte 23,4 Prozent gestiegen ist – auf 8,82 Millionen Menschen im Jahr 2021.¹⁷ Doch die meisten Parteien würden die Umweltfolgen dieser Zuwanderung «vernebeln und verharmlosen». Die Menge der Siedlungsabfälle wäre ohne Zuwanderung zwischen 1990 und 2018 um nur 15 statt um 48 Prozent gewachsen. Die von Siedlungen beanspruchte Fläche ist zwischen 1985 und 2018 um 31 Prozent grösser geworden; ohne Bevölkerungswachstum wäre es nur gerade 1 Prozent gewesen. Auch das Nichterreichen der Reduktionsziele von Klimagasen als auch des immer weiter steigenden Energiebedarfs trotz Pro-Kopf-Reduktion seien der Zuwanderung geschuldet.¹⁸

Bevölkerungswachstum wegen Zuwanderung

Unter dem Titel «Die Propagandisten von Bern» geisselte die «NZZ» die behördliche Einseitigkeit beim Thema Zuwanderung. Diese gelte mitsamt der seit 2002 bestehenden EU-Personenfreizügigkeit «offiziell als Erfolgsgeschichte», was allerdings «in Zeiten von Wohnungsdruck, Verkehrsproblemen und neuerdings auch Energiekrise nicht alle Teile der Bevölkerung so sehen». Beim Bund sei man darum bemüht, die «eher ungemütlichen Nebenfolgen der Zuwanderung kleinzureden oder zu vernebeln». Besonders kreativ zeige sich dabei das Bundesamt für Umwelt (BAFU), dass die Ausdehnung der Siedlungsfläche lediglich «begüterten Hausbesitzern», nicht aber dem Bevölkerungswachstum aufgrund der hohen Zuwanderung zuschreibe. Bei der Mobilität sehe das BAFU das Hauptproblem bei den SUV-Fahrern, bei der Bevölkerungszunahme sei angeblich die «hohe Geburtenrate» Schuld. Keine Erwähnung finde

¹⁵ David Biner: Die Fleischfeinde züchten heilige Kühe, in: NZZ, 26.9.2022, S. 20.

¹⁶ Daniel Ballmer: Klima- und Energiepolitik: Warum wir unsere Sparziele tatsächlich nicht erreichen, in: Blick online, 2.3.2022, <https://www.blick.ch/politik/klima-und-energiepolitik-warum-wir-unsere-sparziele-tatsaechlich-nicht-erreichen-id17284585.html>

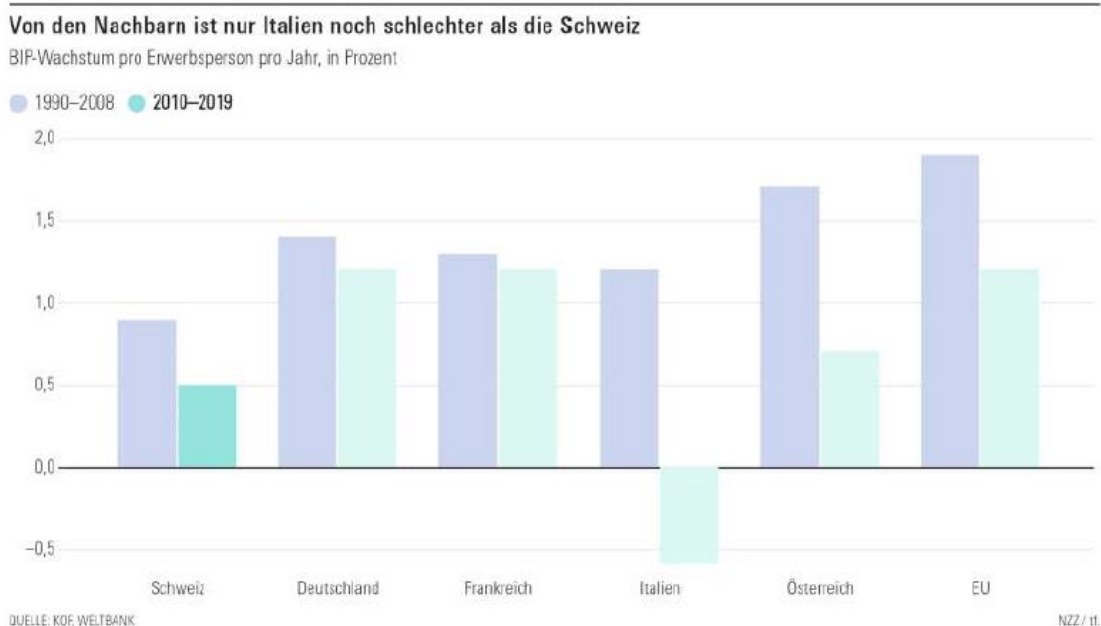
¹⁷ Alex Reichmuth: Zuwanderung – drastische Folgen punkto Umwelt und Energie, in: Nebelspalter.ch, 17.5.2022.

¹⁸ Alex Reichmuth: Umweltfolgen der Zuwanderung – Parteien vernebeln und verharmlosen, in: Nebelspalter.ch, 18.5.2022.

indessen, «dass drei Viertel des erwähnten Wachstums nicht auf die Fortpflanzungsfreude der Bevölkerung, sondern auf die Zuwanderung zurückzuführen sei».¹⁹

Zu viele und falsche Zuwanderer senken Wohlstand jedes Einzelnen

Besonders pointiert zuwanderungskritisch äussert sich in der «NZZ» regelmässig der Wirtschaftsredaktor Thomas Fuster. «Die Schweiz wächst in die Breite», titelte er und wies nach, dass das Wachstum des Bruttoinlandprodukts pro Erwerbsperson im Gegensatz zum Bevölkerungsanstieg fast stagniert und deutlich tiefer ist als jenes von Deutschland, Frankreich und der durchschnittlichen EU.²⁰ Wenn man die Zunahme der Wirtschaftskraft pro Kopf betrachte, könne die Leistung der Schweiz nicht überzeugen. Von den Nachbarländern schneide diesbezüglich nur Italien schlechter ab.²¹ Die Zuwanderung sei «kein Perpetuum mobile». Denn die Personalknappheit werde nicht ewig anhalten: «Dann werden auch die Schattenseiten des hiesigen Breitenwachstums zutage treten.» Im Klartext, das höhere Risiko der Zuwanderer, den Job zu verlieren und unsere Sozialwerke überdurchschnittlich zu belasten.²² Fuster zeigt auf, dass die Zuwanderung Effizienzgewinne auffrisst und den Strom- und Energieverbrauch ständig ansteigen lässt. Dabei habe die vielgescholtene Industrie ihren Strombedarf reduziert, während die Haushalte massiv mehr beanspruchen.²³



Am Neujahrstag 2023 überraschte die «Sonntagszeitung» mit folgender Titelgeschichte: «Die Schweiz wächst viel schneller als vergleichbare Länder». Die Folgen für Umwelt, Infrastruktur und Zusammenleben seien frappant: «Immer mehr Grünfläche wird zugebaut, der Verkehr stockt zunehmend, die CO₂-Ziele zu erreichen, wird trotz grosser Sparbemühungen umso schwieriger. Entsprechend dürfte die Zuwanderung zu einem der grossen Themen des Wahljahres 2023 werden.»²⁴ Bereits im gegenwärtigen Wahljahr müsse man sagen: «Willkommen in der 9-Millionen-Schweiz».

¹⁹ Katharina Fontana: Die Propagandisten von Bern, in: NZZ, 8.8.1922, S. 17.

²⁰ Thomas Fuster: Schweiz wächst in die Breite, in: NZZ, 23.6.1921, S. 27.

²¹ Ders.: Die Schweiz wächst in die Breite, in: NZZ, 10.12.2022, S. 25.

²² Ders.: Zuwanderung ist kein Perpetuum mobile, in: NZZ, 9.7.2022, S. 22.

²³ Ders.: Zuwanderung frisst Effizienzgewinne auf, in: NZZ, 19.7.2022, S. 21.

²⁴ Rico Bandle: Die Schweiz wächst viel schneller als vergleichbare Länder, in: Sonntagszeitung, 1.1.2023, S. 1.

Damit ändere sich die Gesellschaft, das Land wachse in die Breite, die Infrastrukturen seien an der Belastungsgrenze und Umwelt sowie Landschaft würden leiden.²⁵

Mehrheit findet Begrenzung der Zuwanderung nötig

Laut «Tages-Anzeiger» und «20 Minuten» hat eine Tamedia-Umfrage mit 50'740 modellierten Antworten vom 24. Oktober bis 17. November 2022 zur Migration ergeben, dass 62 Prozent der Befragten für eine Begrenzung der Zuwanderung seien (Schlagzeile: «Fast zwei Drittel wollen die Zuwanderung begrenzen»)²⁶ Dieser Meinung sind mehrheitlich insbesondere die Anhänger der bürgerlichen Parteien SVP, FDP und Mitte. Sogar die Anhänger der Grünliberalen fänden eine Begrenzung sinnvoll. Und besonders überraschend: Selbst eine knappe Mehrheit der hier anwesenden Ausländer spricht sich für diese Massnahme gegen die Zuwanderung aus.²⁷ Der Kommentar lautete, alle Kandidatinnen und Kandidaten der kommenden eidgenössischen Wahlen würden daran gemessen, «ob sie die Sorge um die Zuwanderung ernst nehmen».²⁸

Zuwanderungsabgabe als Eintrittspreis?

Auch aus der Wissenschaft werden Bedenken angemeldet. Prof. Dr. Christoph Schaltegger, Direktor des Instituts für Schweizer Wirtschaftspolitik an der Universität Luzern, bereitet es Sorgen, dass die Bevölkerung laut Prognosen bis 2040 auf 10 Millionen anwachsen wird. Wer dem Gesellschaftsmodell Schweiz beitreten wolle, sollte daher einen Mitgliederbeitrag leisten müssen. Tue man das nicht, komme es zu einem sich selbst verstärkenden Prozess: Die Zuwanderer erhalten etwas, für das sie nichts bezahlt haben: «Das verstärkt die Sogwirkung und führt zu noch mehr Zuwanderung.»²⁹

Ähnlich urteilt Prof. Dr. Reiner Eichenberger von der Universität Freiburg i. Üe. und kommt zum Fazit: «Die Zuwanderung senkt den Wohlstand.» Und die EU-Personenfreizügigkeit senke die Lebensqualität in der Schweiz. Eine aufrichtige Diskussion darüber sei dringend notwendig.³⁰ Der Wirtschaftshistoriker Prof. Dr. Tobias Straumann von der Universität Zürich sieht für die Schweiz betreffend starke Einwanderung ein Nullsummenspiel: «Wir haben zwar Vollbeschäftigung, eine stabile Wirtschaft und Wachstum, aber der Wohlstand pro Kopf wächst nur langsam und kommt längst nicht allen zugute.»³¹

Der frühere Preisüberwacher und Ökonom Rudolf Strahm (SP) stellte in der NZZ fest, dass das reale Einkommen und die Kaufkraft in den letzten Jahren für die Mittelschicht gesunken sind. Das habe politische Folgen für die Einstellung zur Personenfreizügigkeit oder zu teuren Klimaschutzmassnahmen. In Teilen der Mittelschicht sei etwas in Bewegung gekommen, dass man ernst nehmen sollte. «Mit Ausnahme der SVP verdrängen alle Parteien die Folgen der Migration. Den höchsten politischen Preis für diese Verdrängung der Ausländerfrage bezahlt immer die Sozialdemokratie. Das ist

²⁵ Ders.: Willkommen in der 9-Millionen-Schweiz, in: Sonntagszeitung, 1.1.2023, S. 2.

²⁶ Gregor Poletti: Fast zwei Drittel wollen die Zuwanderung begrenzen, in: Tages-Anzeiger, 17.4.2023, S. 1.

²⁷ Ders.: 9-Millionen-Schweiz: Der Ruf nach Kontingenten wird laut, in: Tages-Anzeiger, 17.4.2023, S. 7.

²⁸ Edgar Schuler: Das Volk erwartet überzeugende Lösungen, in: Tages-Anzeiger, 17.4.2023, S. 2.

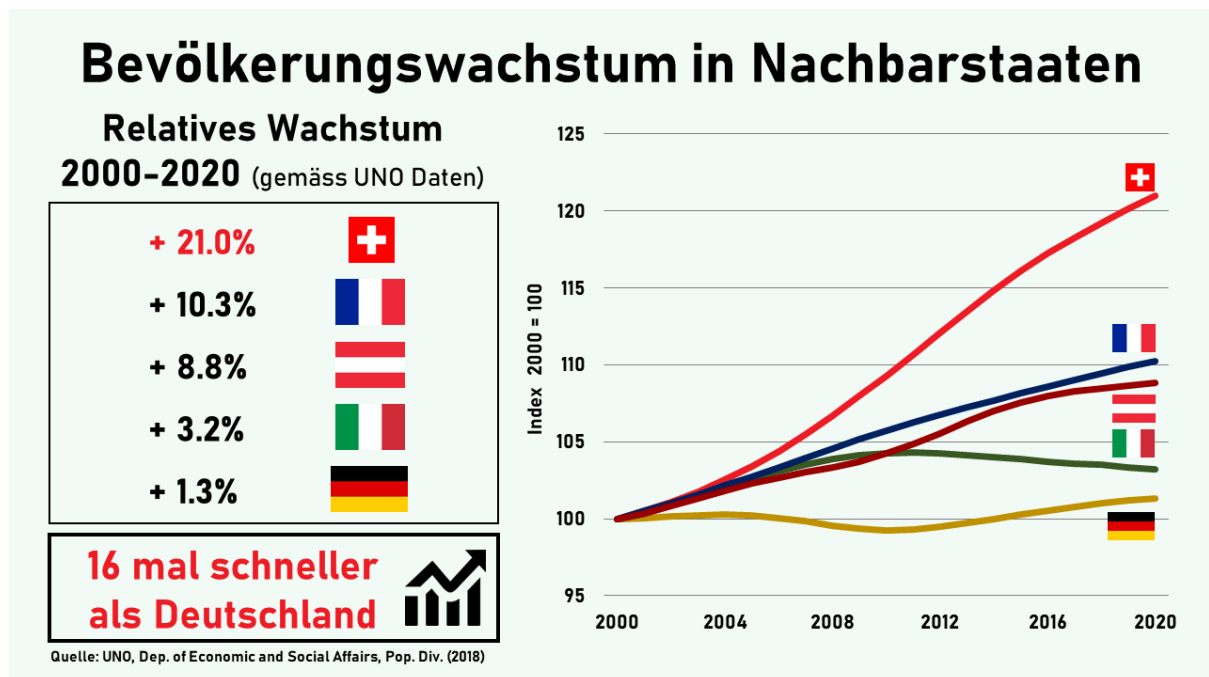
²⁹ «Zuwanderung macht uns fett» – «Nein, sie bringt uns Top-Leute», in: NZZ, 11.3.2023, S. 42.

³⁰ Reiner Eichenberger: Die Zuwanderung senkt den Wohlstand, in: Handelszeitung, 4.1.2023, <https://www.handelszeitung.ch/politik/die-zuwanderung-senkt-den-wohlstand-560722>

³¹ Rico Bandle: Die Schweiz wächst viel schneller als vergleichbare Länder, in: Sonntagszeitung, 1.1.2023, S. 1.

nicht nur in der Schweiz der Fall, auch in Frankreich, in den Niederlanden oder Schweden zeigt sich das.»³²

6. Bevölkerungswachstum im Vergleich



In den letzten 20 Jahren ist die Bevölkerung in der Schweiz jedes Jahr durchschnittlich um die Einwohnerzahl der Stadt St. Gallen, also um ca. 80'000 Menschen, gewachsen. Ein Vergleich mit unseren Nachbarländern schockiert: Gemäss UNO-Daten wuchs die Schweiz damit 16 mal schneller als unser Nachbarstaat Deutschland. Selbst in absoluten Zahlen wuchs das 9 mal grössere Deutschland (+1,1 Millionen Einwohner) langsamer als die Schweiz (+1,5 Millionen Einwohner). Ob Stromknappheit, Umweltbelastung, Grünflächenverbauung, Stautunden, oder teurere Mieten: Die Auswirkungen dieses masslosen Wachstums – 80 Prozent durch Nettozuwanderung – zeigen sich in allen Bereichen. Wollen wir so weitermachen? Wer das nicht will, muss die Nachhaltigkeits-Initiative unterschreiben.³³

³² «Alle Parteien sind elitär geworden», in: NZZ, 16.11.2022, S. 7.

³³ Quelle: UNO, Dep. of Economic and Social Affairs, Pop. Div. (2018).

Bevölkerungswachstum

In nur 20 Jahren:

+ 1.5 Millionen



13 x Winterthur

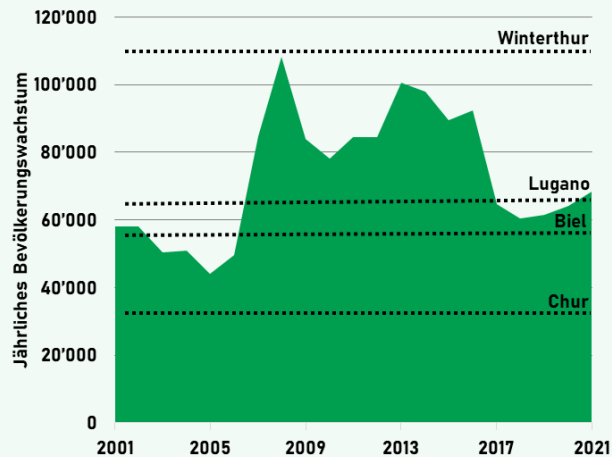
23 x Lugano

27 x Biel

41 x Chur

**80% durch
Nettozuwanderung**

Quelle: BFS, EDI Statistik der Schweizer Städte (2018)



Mehr Ressourcenverbrauch

In den letzten nur gerade 20 Jahren ist die Schweiz um die Einwohnerzahl von 13 mal Winterthur, 23 mal Lugano, 27 mal Biel oder 41 mal Chur gewachsen. Dieses masslose Bevölkerungswachstum ist zu 80 Prozent und damit allergrösstenteils der Zuwanderung geschuldet. Selbst im sogenannten «Corona-Krisenjahr» 2020 wuchs die Schweizer Bevölkerung um 63'400 Menschen, also um eine Stadt wie Lugano. Auch 2020 bildete die Zuwanderung mit 84 Prozent den Haupttreiber des Wachstums. Das bedeutet mehr Ressourcenverbrauch für Ernährung, Schulen, Verkehr, Energie und Wasser. Wer dieser masslosen Zuwanderung, dem unkontrollierten Bevölkerungswachstum und der damit einhergehenden Zerstörung der Schweizer Natur ein Ende setzen will, muss die Nachhaltigkeits-Initiative unterschreiben.³⁴

Seit der Einführung der vollen Personenfreizügigkeit im Jahre 2007 sind jedes Jahr netto rund 75'000 Personen in die Schweiz eingewandert, davon 50'000 aus der EU.³⁵ Jeder dieser Zugewanderten braucht eine Wohnung, will mobil sein, nimmt staatliche Leistungen in Anspruch und konsumiert Wasser und Strom. Gleichzeitig soll die Schweiz CO₂ einsparen, kein Kulturland mehr überbauen und die Gesundheitskosten in den Griff kriegen. Auch im Verkehr auf Strasse und Schiene steht unser Land vor grossen Herausforderungen. Da lohnt es sich, einen Blick auf die zusätzliche Belastung zu werfen, welche die Personenfreizügigkeit auslöst.

Im Jahr 2022 sind mehr als 180'000 Menschen in die Schweiz gekommen, davon 88'699 Zuwanderer, 24'511 Asylbewerber und 74'959 Flüchtlinge aus der Ukraine. Allein diese Menschen lösen unter anderem die nachfolgenden Bedürfnisse aus:

³⁴ Quellen: BFS, EDI-Statistik der Schweizer Städte (2018).

³⁵ Zwischen 2007 und 2019 wanderten 652'337 EU-Ausländer in die Schweiz ein, was einem Jahresdurchschnitt von 50'180 EU-Ausländer entspricht, die in die Schweiz eingewandert sind. Quelle: BFS, Internationale Wanderungen der ständigen Wohnbevölkerung nach Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Alter & SEM. Für Zahlen betreffend 2019 (inklusive Einwanderung von EFTA-Bürgern), siehe Medienmitteilung des SEM vom 30.1.2020.

Was bedeuten mehr als 180'000 zusätzliche Zuwanderer konkret?

- Zusätzlicher Stromverbrauch von rund 40 Prozent eines KKW-Mühlebergs³⁶;
- Über 9'700 zusätzliche Fahrzeuge auf den Strassen³⁷;
- Bedarf im öffentlichen Verkehr von über 150 zusätzlichen Bussen³⁸;
- Neubau von mehr als 81'000 Wohnungseinheiten³⁹;
- Zusätzliche Siedlungsfläche von rund 10'000 Fussballfeldern⁴⁰;
- Bedarf an 800 zusätzlichen Ärzten und 90 Zahnärzten⁴¹;
- Über 800 zusätzlich benötigte Spitalbetten⁴²;
- Rund 4'600 zusätzliche Pflegerinnen und Pfleger⁴³.

³⁶ Quellen: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/energie/verbrauch.assetdetail.23104756.html>; Das AKW Mühleberg produzierte im Jahr 2006 2,99 Milliarden kWh, seine zweithöchste Stromproduktion seit Inbetriebnahme der Anlage 1972. 180'000 Einwohner verbrauchen gerundet 40 Prozent Strom der Produktion eines KKW Mühleberg; <https://www.bfe.admin.ch/bfe/de/home/versorgung/statistik-und-geodaten/energiestatistiken/elektrizitaetsstatistik.html/>;

<https://www.greenpeace.ch/de/story/18823/akw-muehleberg-produzierte-letztes-jahr-299-milliarden-kwh-seine-zweithoehste-stromproduktion-seit-inbetriebnahme-der-anlage-1972/>.

³⁷ Quellen: Anzahl Fahrzeuge: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/mobilitaet-verkehr/verkehrsinfrastruktur-fahrzeuge/fahrzeuge.html>;

Bilanz der ständigen Wohnbevölkerung: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/stand-entwicklung.assetdetail.23064753.html>.

³⁸ Quelle: Öffentlicher Verkehr (inkl. Schienengüterverkehr): <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/mobilitaet-verkehr/querschnittsthemen/oeffentlicher-verkehr.assetdetail.23725827.html>.

³⁹ Quelle: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bau-wohnungswesen/wohnungen/wohnverhaeltnisse.html>.

⁴⁰ Quelle: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/raum-umwelt/bodennutzung-bedeckung/siedlungsflaechen/einwohner.html>.

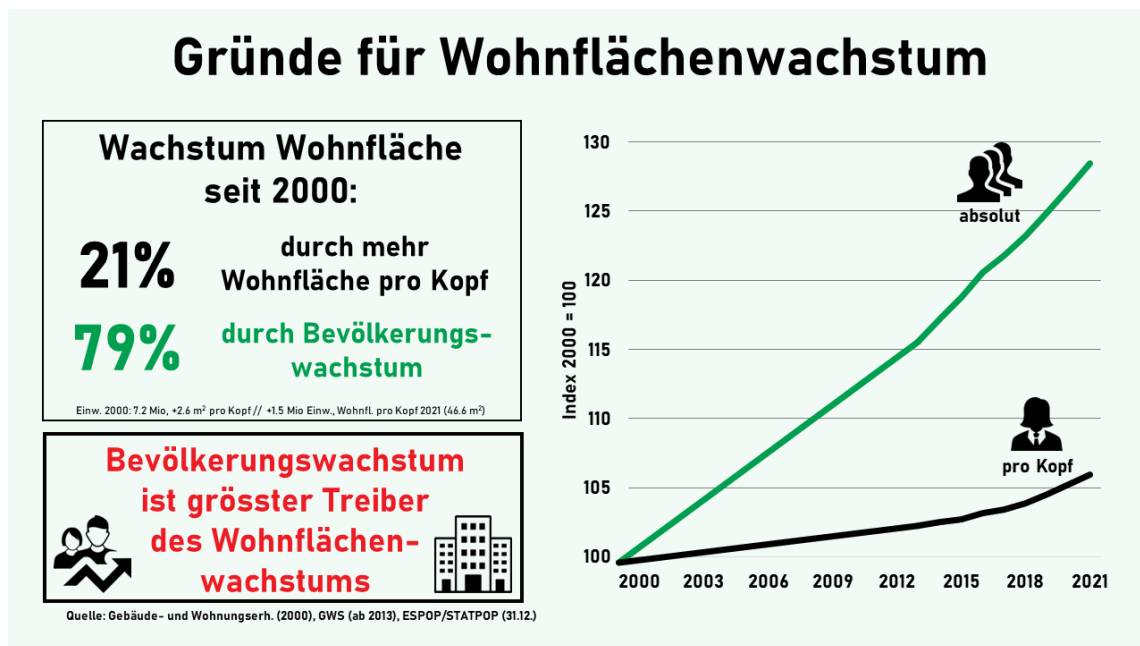
⁴¹ Quellen: FMH-Ärzttestatistik 2020 – die Schweiz im Ländervergleich; <https://www.swissstats.bfs.admin.ch/collection/ch.admin.bfs.swissstat.de.issue201415401900/article/issue201415401900-06>.

⁴² Quelle: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/gesundheit/gesundheitswesen/spitaeler/infrastruktur-beschaeftigung-finanzen.html>.

⁴³ Quelle: Faktenblatt Bestand und Bedarf an Pflege – BAG:

https://www.google.com/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=&cad=rja&uact=8&ved=2ahUKEwiP7fOpir38AhVuiP0HHdy_DigQFnoECCAQAQ&url=https%3A%2F%2Fwww.bag.admin.ch%2Fdam%2Fbag%2Fde%2Fdokumente%2Fberufe-gesundheitswesen%2Fteritaerstufe%2Fpflegeinitiative%2FFaktenblaetter%2Ffb-bedarf-und-bestand.pdf.download.pdf%2F210922_FB_Bestand%2520und%2520Bedarf_DE.pdf&usq=AOvVaw2_jalRo_ThF72e2Nvzlv9S.

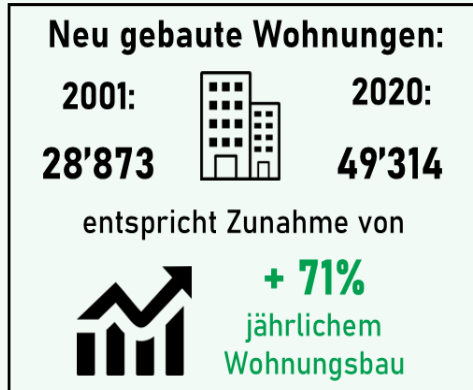
7. Wohnflächenwachstum und Wohnungsbau



Das Wachstum der Wohnflächen hat zwei Ursachen: Zum einen sind die Platzansprüche der Schweizer Bevölkerung pro Kopf seit 2000 zwar gestiegen, aber nur von durchschnittlich 44 auf 46,6 Quadratmeter pro Einwohner. Andererseits wuchs die Bevölkerung in der Schweiz im gleichen Zeitraum um über 1,5 Millionen Menschen. Alle diese Menschen brauchen Platz zum Wohnen. Gemäss Daten der Bundesämter waren die gestiegenen Platzansprüche der Schweizer Bevölkerung für 21 Prozent des Wachstums verantwortlich. 79 Prozent sind verursacht durch das Bevölkerungswachstum. Somit wurden in den letzten 20 Jahren 4 von 5 Wohnungen wegen des Bevölkerungswachstums gebaut. Wer die Wohnungsnot und die explodierenden Mietpreise stoppen will, unterschreibt die Nachhaltigkeits-Initiative.⁴⁴

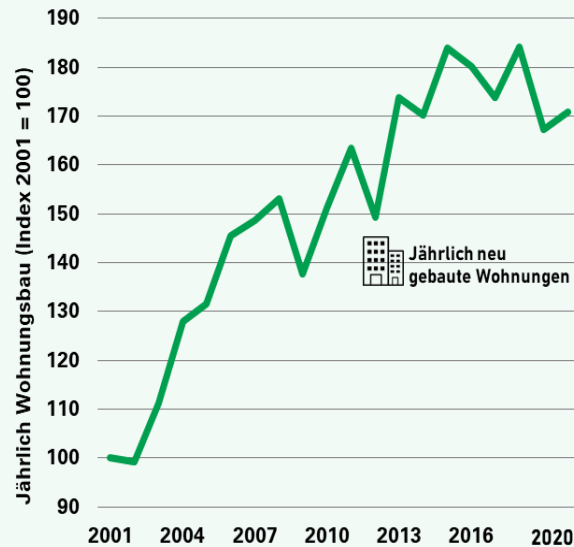
⁴⁴ Quellen: Gebäude- und Wohnungserhebung (2000), GWS (ab 2013), ESPOP/STATPOP (jeweils 31.12.).

Jährlicher Wohnungsbau



**Wohnungsknappheit trotz
71% mehr jährlichem
Wohnungsbau als 2001**

Quelle: BFS, Bau- und Wohnungsstatistik (2021)

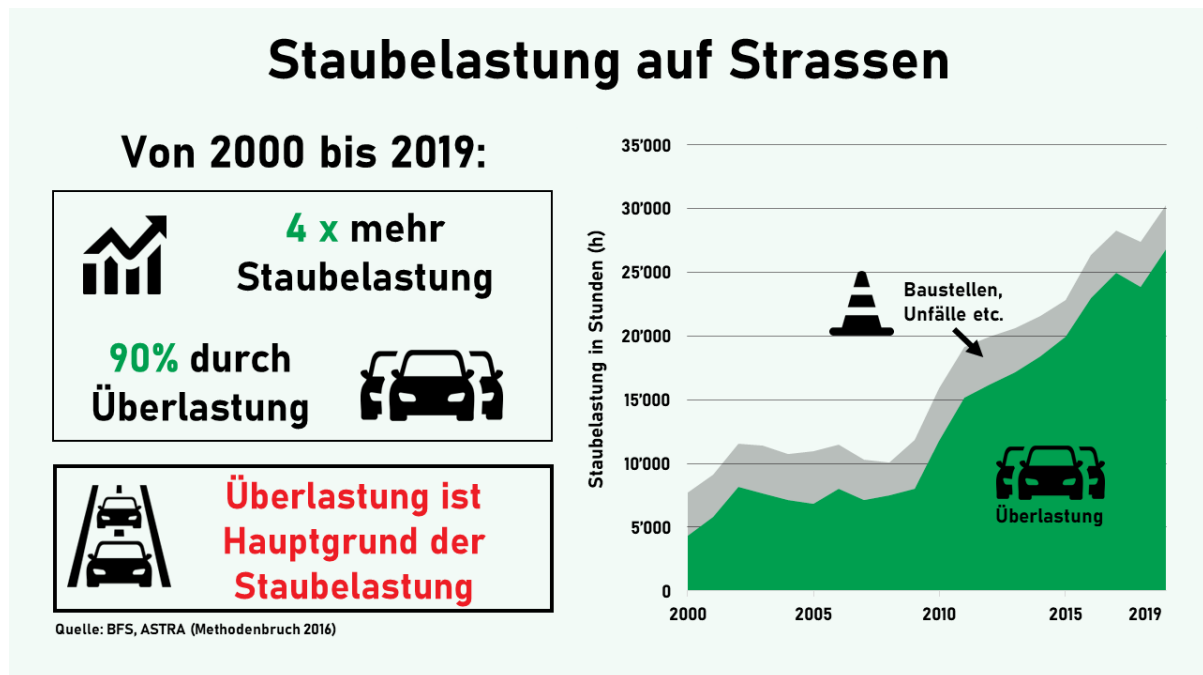


Zubetonierung stoppen

Im Jahr 2020 wurden jährlich fast 50'000 neue Wohnungen gebaut, während es vor knapp 20 Jahren nicht einmal 30'000 Wohnungen jährlich waren. Wir bauen heute also 71 Prozent mehr Wohnungen pro Jahr als noch vor 20 Jahren. Obwohl der Wohnungsbau auf Hochtouren läuft, herrscht Wohnungsknappheit. Aufgrund des Bevölkerungswachstums von jährlich fast 80'000 Menschen muss immer mehr gebaut werden. Die globale Zementindustrie verursacht mehr als dreimal so viele CO₂-Emissionen wie der gesamte Flugverkehr und wäre damit wohl ein Haupttreiber des menschengemachten Klimawandels. Wer die Zubetonierung stoppen, die Schweizer Umwelt schützen und wirklich etwas fürs Klima tun will, unterschreibt die Nachhaltigkeits-Initiative.⁴⁵

⁴⁵ Quelle: BFS, Bau- und Wohnungsstatistik (2022).

8. Dramatische Staubelastung



Mehr Menschen bedeuten mehr Verkehr, sowohl auf den Strassen als auch auf der Schiene. Die Staubelastung auf Schweizer Strassen hat in den letzten 20 Jahren, insbesondere seit der vollen Personenfreizügigkeit im Jahre 2008, rapide zugenommen und sich bis 2019 vervierfacht. Während anno 2000 die Überlastungen nur knapp mehr als die Hälfte der Stautunden verursacht haben (55 Prozent), waren es im Jahr 2019 89 Prozent und damit der mit Abstand wichtigste Grund.

Das Bevölkerungswachstum durch die masslose Zuwanderung führt zu immer mehr verstopften Strassen. Wer keine überlasteten, überfüllten Züge und Strassen mehr will, unterschreibt die Nachhaltigkeits-Initiative.⁴⁶

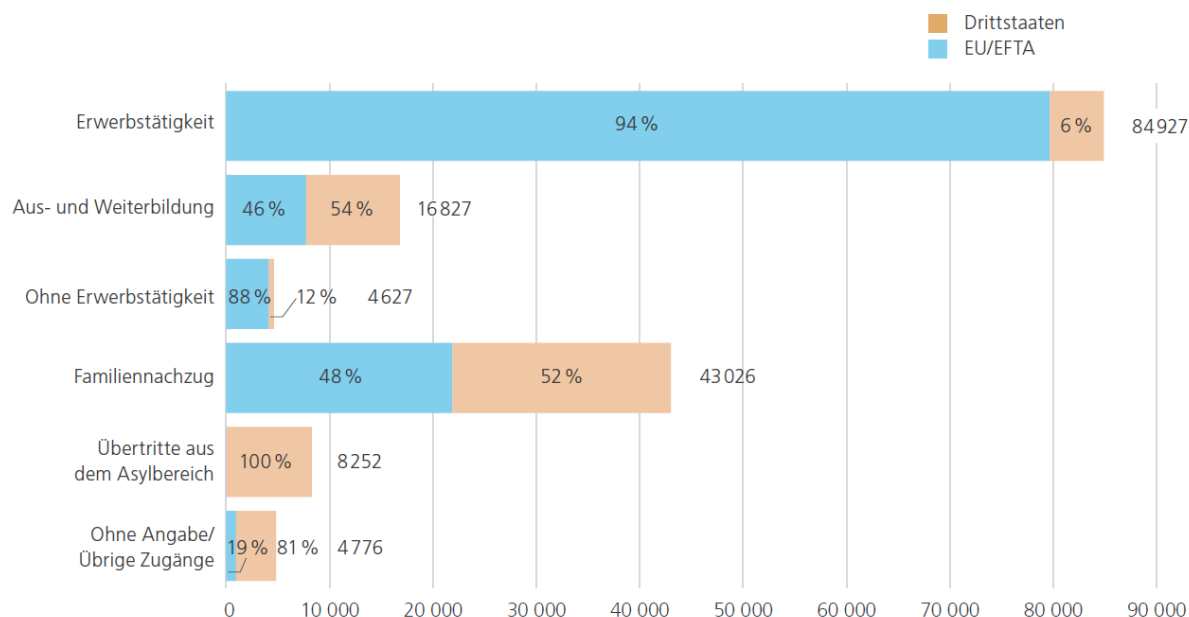
⁴⁶ Quelle: BFS, ASTRA (Methodenbruch 2016).

9. Fachkräftemangel als Teufelskreis



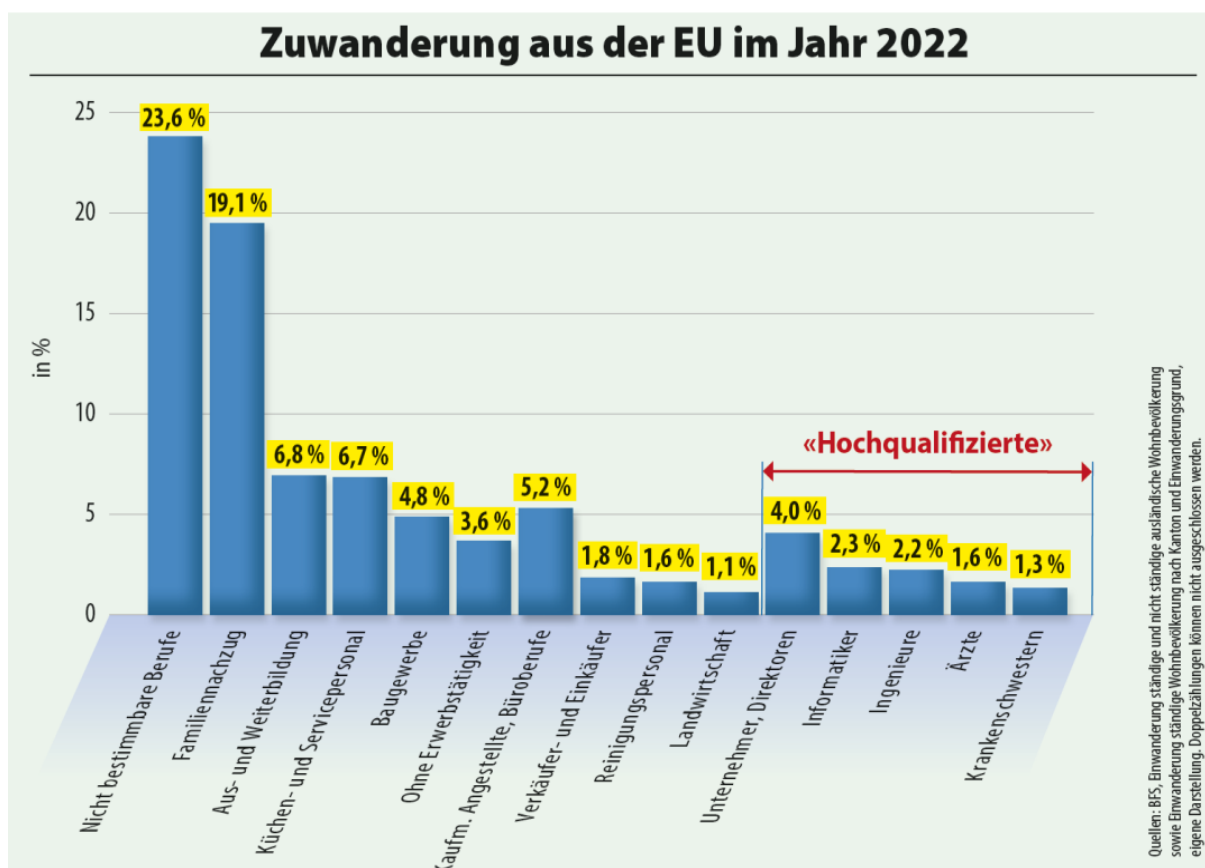
Obwohl die Schweiz von 2003 bis 2020 um 1,3 Millionen Einwohner gewachsen ist und sich die Zahl der Grenzgänger verdoppelt hat, hat sich die Anzahl der offenen Stellen vervierfacht. Dies ist ganz einfach ein Schneeballeffekt und eine Endlosspirale. Der neue Arzt (zugewanderte Fachkraft aus dem Ausland) mit zwei Kindern braucht eine Lehrerin, die einen Bäcker benötigt, der wieder einen Lastwagenfahrer und Maurer braucht, welcher dann wieder fehlt und aus dem Ausland rekrutiert wird. Der Maurer zieht mit zwei Kindern hierher. Dieser bringt wieder zwei Kinder mit, und es beginnt von vorne – wie eine unendliche Wendeltreppe. Dieses quantitative Wachstum kann nicht ewig so weitergehen. Wir müssen auf ein qualitatives statt auf ein quantitatives Wirtschaftswachstum (pro Kopf) setzen. Wer dem Fachkräftemangel wirklich etwas entgegensetzen will, unterschreibt die Nachhaltigkeits-Initiative.⁴⁷

⁴⁷ Quelle: Adecco Group, Swiss Job Market Index (jeweils März), saisonbereinigt.



Quelle: Einwanderung in die ständige ausländische Wohnbevölkerung nach Grund im Jahr 2022, <https://www.sem.admin.ch/dam/sem/de/data/publiservice/statistik/auslaenderstatistik/monitor/2022/statistik-zu-wanderung-2022-jahr.pdf>, Seite 11.

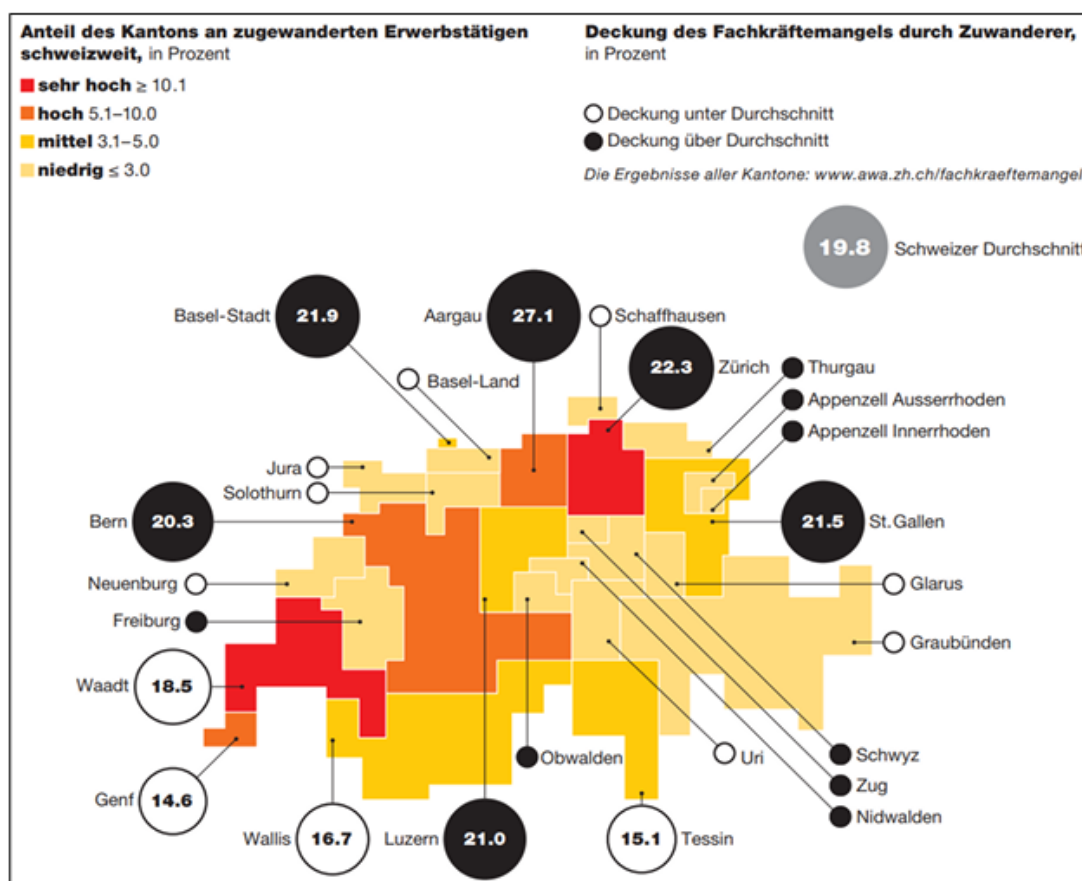
Was die Einwanderungsgründe des letzten Jahres betrifft, so kamen die Zuwanderer aus dem EU-Raum hauptsächlich, um einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Bei den Zugewanderten aus Drittstaaten, von welchen die Schweiz im Jahr 2022 608'000 Personen zählte, waren gesamthaft 59 Prozent im Arbeitsprozess oder in einer



Lehrlingsausbildung.⁴⁸ Von den im Jahr 2022 in die Schweiz zugewanderten Personen, die hier arbeiten wollten, machten EU-Bürger 94 Prozent aus, die restlichen 6 Prozent stammten aus Drittstaaten.

Eigentlich müssten zwingend Zuwanderer rekrutiert werden, die unserem Land einen Mehrwert bringen. Das heisst, Zuwanderer, die in der Schweiz mehr oder mindestens gleich viel an Abgaben leisten, wie sie Leistungen von unserem Staat in Anspruch nehmen. Leider nimmt die Sesshaftigkeit eines Zuwanderers zu, je schlechter seine Qualifikationen sind.⁴⁹ Damit bleiben vor allem schlecht qualifizierte Arbeitskräfte in unserem Land und profitieren vom gut ausgebauten Sozialstaat. Demgegenüber tendieren hochqualifizierte Fachkräfte dazu, für berufliche Weiterentwicklungsmöglichkeiten die Schweiz wieder zu verlassen.

Unkontrolliertes und massloses Bevölkerungswachstum ist deshalb schädlich für den Arbeitsmarkt, für den Sozialstaat, für die Umwelt und für die Gesellschaft an sich.⁵⁰ Wer dem etwas entgegensetzen will, unterstützt die Nachhaltigkeits-Initiative!



Quelle: Amt für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Zürich (2016). Berufe mit hohem Fachkräftemangel. Wie stark reduziert die Zuwanderung den Mangel? S. 12.

⁴⁸ Gemäss «Erwerbsstatus der ständigen Wohnbevölkerung», BFS.

⁴⁹ «Was kostet die Zuwanderung?», George Sheldon in Politik & Wirtschaft, Schweizer Monat Nr. 1049, September 2017, S. 15.

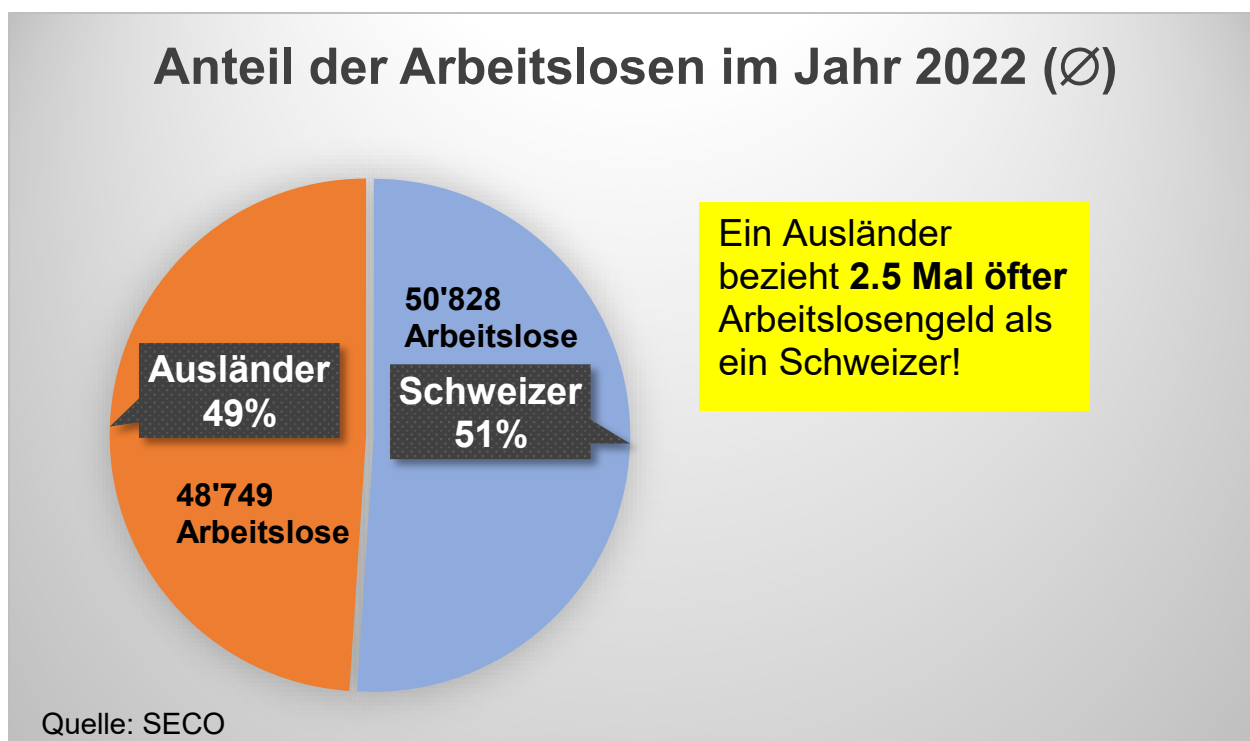
⁵⁰ Reiner Eichenberger: Zuwanderung: Bitte mal nachrechnen, in: Handelszeitung, 4.7.2020, <https://www.handelszeitung.ch/politik/zuwanderung-bitte-mal-nachrechnen-304058>

Eine Studie des Zürcher Amts für Wirtschaft und Arbeit⁵¹ zeigt, dass von den zwischen 2007 und 2014 in die Schweiz zugewanderten Arbeitskräften im Durchschnitt nicht mal jeder Fünfte (19,8 Prozent) in einem Beruf arbeitet, bei dem ein Fachkräftemangel herrscht; im Tessin (15,1 Prozent) und in Genf (14,6 Prozent) ist es gar nur jeder siebte Einwanderer. Bei den Grenzgängern sprechen die Statistiken eine noch deutlichere Sprache: Nur gerade 16,6 Prozent der Grenzgänger tragen zur Verringerung des Fachkräftemangels bei; im Tessin ist es nicht mal jeder Achte.

10. Strapazierte Sozialwerke

Jeder zweite Arbeitslose ist Zuwanderer

Von den Personen, die Arbeitslosengelder beziehen, sind deutlich über 50 Prozent Zuwanderer, obwohl deren Anteil an der Gesamtbevölkerung nur 26 Prozent ausmacht.⁵² Aufgrund der grosszügigen Sozialleistungen wird der Familiennachzug rege von Zuwanderern ohne Einkommen genutzt, die dann vom Schweizer Steuerzahler finanziert werden. Anspruch auf Arbeitslosengeld haben auch Zugewanderte, die vorher kaum etwas eingezahlt haben. Die Höhe der Sozialhilfe ist für Zugewanderte so hoch wie für die Schweizer Bevölkerung. Sie dürfen auch «Familienmitglieder» nachziehen, die weit über die Kernfamilie hinausgehen. Und dies, auch wenn sie nicht für deren Lebensunterhalt aufkommen können und über keine ausreichend grosse, selber finanzierte Wohnung verfügen, um die Familie aufzunehmen. Zudem will das Parlament noch weitergehen und Zuwanderer, die Sozialhilfe beziehen, gar nicht mehr ausschaffen.⁵³



⁵¹ Amt für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Zürich (2016). Berufe mit hohem Fachkräftemangel. Wie stark reduziert die Zuwanderung den Mangel? S. 12–13.

⁵² Quelle: SECO.

⁵³ Parlamentarische Initiative 20.451 von Samira Marti (SP) «Armut ist kein Verbrechen».

In deutlicher Schieflage befindet sich auch die Arbeitslosenversicherung (ALV). Während bei den Schweizern das Verhältnis zwischen ALV-Beiträgen und ALV-Entschädigung bei 1,31 liegt, ist dieses Verhältnis bei EU-Zuwanderern bei 0,78 und bei jenen aus Drittstaaten sogar bei 0,38. Diese Entwicklung gibt Anlass zur Sorge, denn so werden unsere in Jahrzehnten durch harte Arbeit aufgebauten Sozialwerke durch die Zuwanderung dauernd ausgehöhlt.⁵⁴ Wer die Strapazierung unserer Sozialwerke unterbinden will, unterschreibt die Nachhaltigkeits-Initiative!

Tabelle 4.8: Anteile an Einnahmen der ALV und Ausgaben für ALE (inkl. Retrozessionen und Rückerstattungen) nach Nationalitätengruppen. 2020

	Schweiz	EU/ EFTA*	Drittstaaten	DEU	FRA	ITA	POR	ESP	EU8+2
ALV-Beiträge	69.0%	25.5%	5.5%	6.5%	4.4%	4.8%	3.1%	1.1%	2.0%
ALV-Entschädigung	52.7%	32.8%	14.5%	6.1%	4.1%	6.5%	5.9%	2.1%	4.0%
Verhältnis Beiträge/ALE	1.31	0.78	0.38	1.07	1.08	0.74	0.52	0.52	0.52
Dauer ALE Bezug in Tagen	102	101	116	101	113	105	91	100	104

Anmerkung: Im Jahr 2020 beliefen sich die Einnahmen der ALV aus Lohnbeiträgen gemäss AHV-Statistik auf 7.2 Mrd. Franken. Für ALE wurden 6.5 Mrd. Franken ausgegeben.
*Die Ergebnisse nach Nationalitätengruppen beziehen sich auf die Zusammensetzung der EU/EFTA gemäss Stand 2020, beinhalten also auch sämtliche ALV-Beiträge und -Bezüge von Staatsangehörigen des UK.

Quelle: BSV (Individuelle Konten der AHV), SECO

Bericht des Observatoriums zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz–EU, S. 63.

11. Überforderte Schulen

Das Bevölkerungswachstum führt dazu, dass Schulklassen immer mehr aus Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund und ohne sprachliche Integration bestehen. Beispielsweise besitzen rund drei Viertel von den 750 Primar- und Oberstufenschüler im aargauischen Neuenhof einen Migrationshintergrund.⁵⁵ Die damit einhergehende mangelnde Sprachkompetenz senkt das Bildungsniveau und gefährdet die nachhaltige Qualität der Schweizer Bildung. In zahlreichen Klassen bilden Kinder mit Migrationshintergrund die Mehrheit, so dass eine Integration kaum noch möglich ist. Schweizer Kinder werden also regelrecht in die Migrationsklassen integriert. Daher nehmen immer mehr Eltern aus besseren materiellen Verhältnissen ihre Kinder aus der Volksschule und platzieren sie in einer der immer zahlreicheren Privat- und Eliteschulen. Dies ist aber für die ansässige Bevölkerung mit weniger komfortablem finanziellem Hintergrund nicht möglich und zerstört das Schweizer Schulsystem, das seit bald 200 Jahren vom Ausland bewundert worden ist.

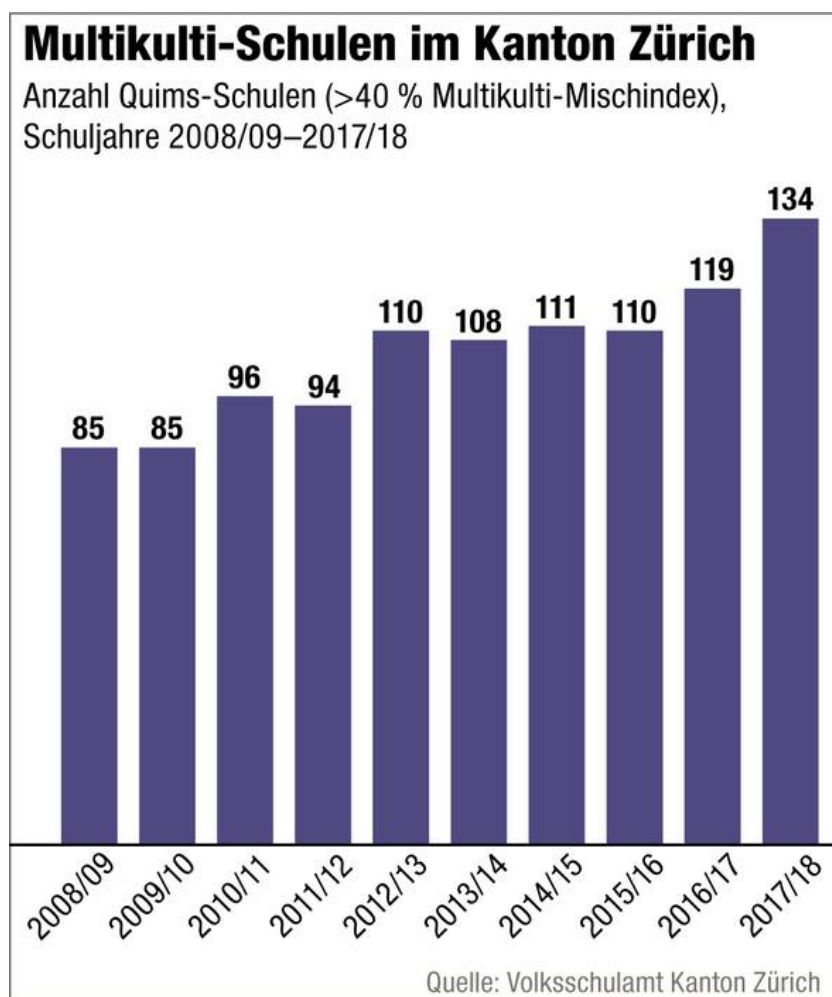
Das massive Bevölkerungswachstum verursacht ebenfalls hohe Kosten im Bildungssystem. Im Kanton Zürich, dem bevölkerungsreichsten Kanton, werden Schulen gesondert subventioniert, wenn sie einen Multikulti-Anteil von mehr als 40 Prozent aufweisen. Im Behördenjargon spricht man von «Qualität in multikulturellen Schulen» (Quims) beziehungsweise von Quims-Schulen. Deren Anteil ist in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Während im Schuljahr 2008/09 85 Quims-Schulen gezählt

⁵⁴ Quelle; BSV (Individuelle Konten der AHV), SECO.

⁵⁵ Samuel Schumacher: In dieser Aargauer Schule sind Ausländer fast unter sich, in: Aargauer Zeitung, 6.4.2018, <https://www.aargauerzeitung.ch/schweiz/in-dieser-aargauer-schule-sind-auslander-fast-unter-sich-ld.1495878>

wurden, waren es 2017/18 bereits 134 von insgesamt 500 Bildungsstätten.⁵⁶ Allein im Jahr 2018 kamen 15 Schuleinheiten neu hinzu (siehe Grafik). Im Schuljahr 2022/23 waren es 154.⁵⁷ Die zusätzliche Betreuung und Integration aufgrund des hohen Migrationsanteils führt zu immer mehr Betreuungsaufwand, kleineren Klassen, mehr Personal und damit exorbitanten Kosten, was schlicht nicht nachhaltig ist.

Das Bevölkerungswachstum stellt einerseits die Gemeinden vor die Herausforderung, immer mehr Platz zu schaffen, also immer neue Schulhäuser und Schulanlagen zu bauen. Andererseits verlangt es auch immer mehr Lehrerinnen und Lehrer, nebst all dem zusätzlichen Betreuungs- und Integrationspersonal. Dies befeuert den Lehrermangel munter weiter und belastet die Steuerzahler enorm, wie beispielsweise der Bau des Stadtzürcher Schulhauses «Saatlen», für das 231 Millionen Franken beziehungsweise 231'000 Franken pro Schüler projektiert sind. Die enorme Bautätigkeit im Bildungsbereich zerstört vielfach auch Naturflächen beziehungsweise Wohnraum. Nur mit einer gezielten und nachhaltigen Zuwanderung bringt man all diese Probleme in den Griff.

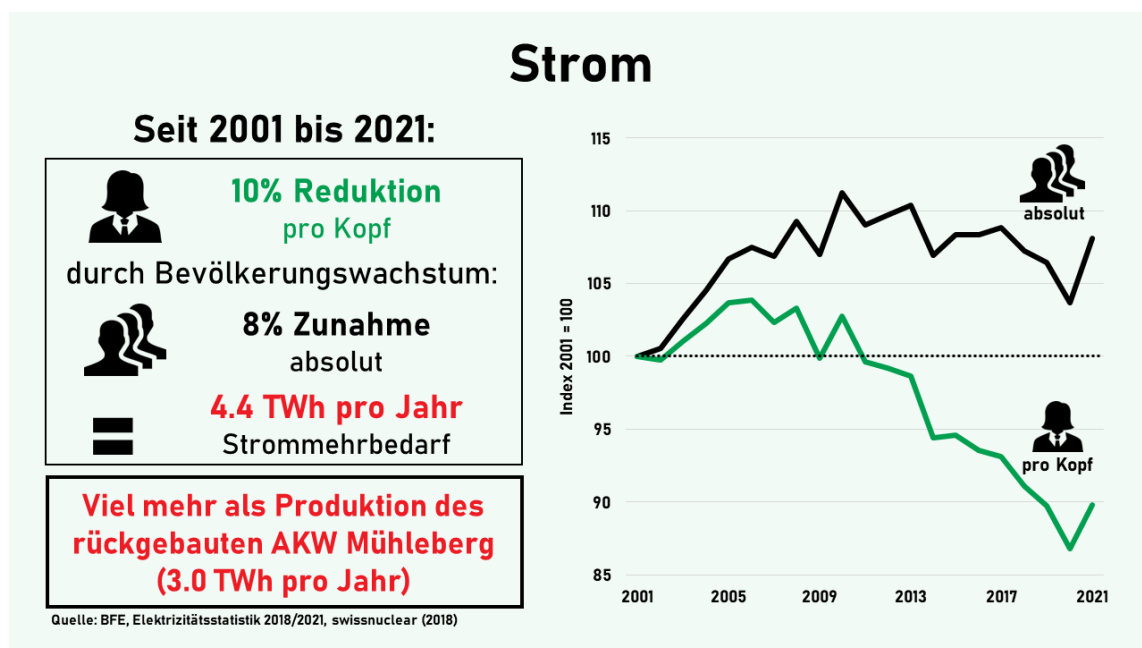


⁵⁶ Thomas Schlittler: Deutlich mehr Multikulti in Zürich. Jede vierte Schule erhält Subventionen für Integration, in: Blick, 11.3.2019, <https://www.blick.ch/schweiz/deutlich-mehr-multikulti-in-zuerich-jede-vierte-schule-erhaelt-subventionen-fuer-integration-id15211580.html>

⁵⁷ Bildungsdirektion des Kantons Zürich, QUIMS-Schulen Schuljahr 2022/23, 5.1.2023.

Auch an den Hochschulen ist der Anteil der Zuwanderer markant, aber auch generell die Zunahme der Studierenden durch die Bevölkerungsexplosion. Dies geht oft zulasten einer seriösen Betreuung durch die Dozenten. Das stürmische Wachstum belegen folgende Zahlen: Im Jahr 2000 betrug die Zahl der Studierenden an der ETH Zürich noch knapp 11'000, mittlerweile sind es über 21'000.⁵⁸ Mehr als ein Drittel (35 Prozent) der ETH-Studierenden in Zürich sind inzwischen Zuwanderer, an der ETH Lausanne beträgt ihr Anteil inzwischen sogar über 40 Prozent. Eine Verdoppelung der Studenten bei beschränkten Platzverhältnissen ist keine gesunde Entwicklung und ruft nach gigantischen, teuren Bauprogrammen – wiederum mit allen Belastungen für Umwelt und Lebensqualität. Auch kommen für die Kosten der Ausbildung der zugewanderten Studenten fast vollumfänglich die Schweizer Steuerzahler auf, weil die Semester- und Studiengebühren angesichts der Ausgaben vieler Milliarden des Bundes und der Kantone einen Klacks ausmachen. Solch ein Wachstum ist schlicht nicht nachhaltig. Wem unser einst so erfolgreiches Bildungswesen am Herzen liegt, unterschreibt die Nachhaltigkeits-Initiative!

12. Steigender Stromverbrauch

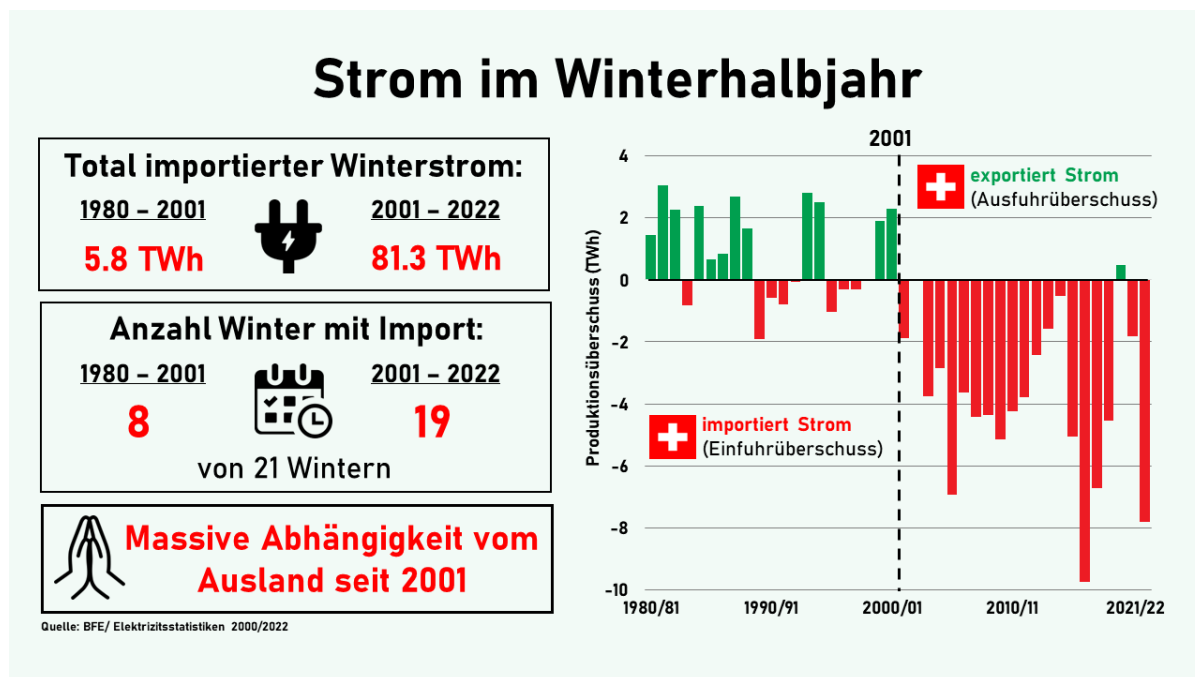


Schweizer sparen Strom

Die nationale Energiestrategie verbietet neue Kernkraftwerke, will aber weniger fossilen Verbrauch und erneuerbare Energien fördern. Doch grossflächige Solar- und Windenergieanlagen sowie der Ausbau der bereits fast vollständig ausgenutzten Wasserkraft gehen zulasten von Naturschutz und Biodiversität. Von 2001 bis 2021 hat der Stromverbrauch pro Kopf um 10 Prozent abgenommen. Der Gesamtverbrauch ist jedoch wegen des Bevölkerungswachstums um 8 Prozent gestiegen, oder in Zahlen um 4,4 Terawattstunden. Das entspricht mehr als dem 1,4-fachen der jährlichen Produktion des rückgebauten KKW Mühleberg.

⁵⁸ ETH Zürich, Kennzahlen, <https://ethz.ch/de/die-eth-zuerich/lehre/kennzahlen.html>

Während die Schweizer Bevölkerung also immer mehr Strom spart, steigt wegen des Bevölkerungswachstums der Strombedarf munter an. Wie lange soll das so weitergehen? Wer das nicht will, unterschreibt die Nachhaltigkeits-Initiative!⁵⁹ Zudem wurden allen SVP-Bestrebungen, die Kernkraft auszubauen und die Stromsicherheit zu verbessern, entweder eine Absage erteilt, oder sie wurden auf die lange Bank geschoben.⁶⁰



Ständig mehr Stromimporte

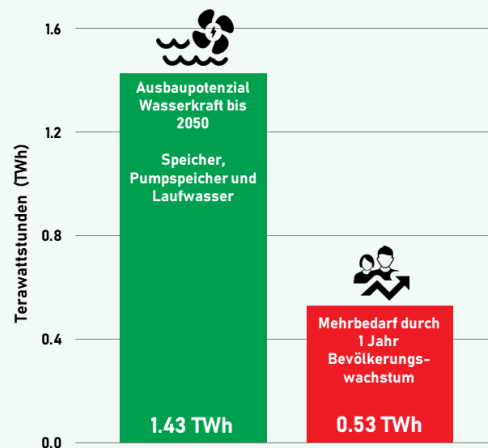
Seit 2001 musste in 19 von 21 Wintern Strom importiert werden, um den Bedarf decken zu können. In den 20 Wintern zuvor waren es nur gerade 8. Auch die importierte Menge an Strom hat sich vervielfacht. Das Bevölkerungswachstum aufgrund der ungebremsten Zuwanderung ist nebst anderen Faktoren wie der Elektrifizierung eine der grössten Ursachen dafür. Obwohl der Pro-Kopf-Stromverbrauch in der Schweiz in den letzten 20 Jahren um über 10 Prozent gesunken ist, stieg der Gesamtbedarf an, grösstenteils getrieben durch den Haushaltssektor. Mehr Bevölkerung heisst grundsätzlich mehr Haushalte, mehr Heizen, mehr Kochen, mehr Duschen – und damit mehr Strom. Wer also auch im Winter genug Strom zum Heizen und Duschen haben will, unterstützt die Nachhaltigkeits-Initiative!⁶¹

⁵⁹ Quellen: BFE, Elektrizitätsstatistik (2020), swissnuclear (2018).

⁶⁰ SVP-Motion 21.4363 «Stärkung der Versorgungssicherheit durch Sicherstellung des Langzeitbetriebs der bestehenden Schweizer Kernkraftwerke», Motion 22.3067 von Hansjörg Knecht «Aufhebung des Verbots, Rahmenbewilligungen für Kernkraftwerke zu erteilen», Motion 21.3901 von Erich Hess «CO₂-arme Stromproduktion mit Kernenergie», Motion 22.4057 von Thomas Burgherr «Stromversorgung langfristig sichern», Motion 21.4557 von Lorenzo Quadri «Verzicht auf den Ausstieg aus der Kernenergie».

⁶¹ Quellen: BFE, Elektrizitätsstatistiken 2000/2022.

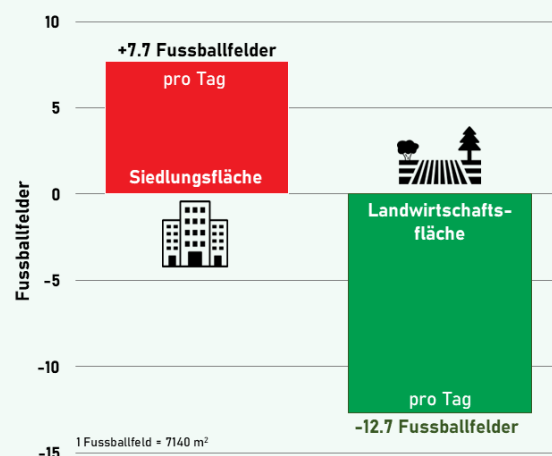
Ausbau Wasserkraft



Das Bundesamt für Energie hat 2019 eine Studie zum Ausbaupotenzial der Wasserkraft bis ins Jahr 2050 erstellt. Dabei wurden sämtliche Wasserkraftwerke, also Flusswasser- und Pumpspeicherkraftwerke sowie Speicherseen, berücksichtigt. Insgesamt kann die Wasserkraft um 1,43 Terawattstunden (TWh) ausgebaut werden. Das Bevölkerungswachstum durch die masslose Zuwanderung führt dazu, dass die Schweiz immer mehr Strom verbraucht; der Mehrbedarf durch das Bevölkerungswachstum beträgt jährlich etwa 0,53 TWh. Angesichts dieser Zahlen des Bundes stellt man fest, dass das gesamte, milliarden schwere Wasserkraft-Ausbaupotenzial bis 2050 durch weniger als 3 Jahre Bevölkerungswachstum aufgebraucht ist. Wie lange soll das noch so weitergehen? Wer das stoppen will, unterschreibt die Nachhaltigkeits-Initiative!⁶²

13. Zunehmende Grünflächen-Verbauungen

Grünflächenverbauung

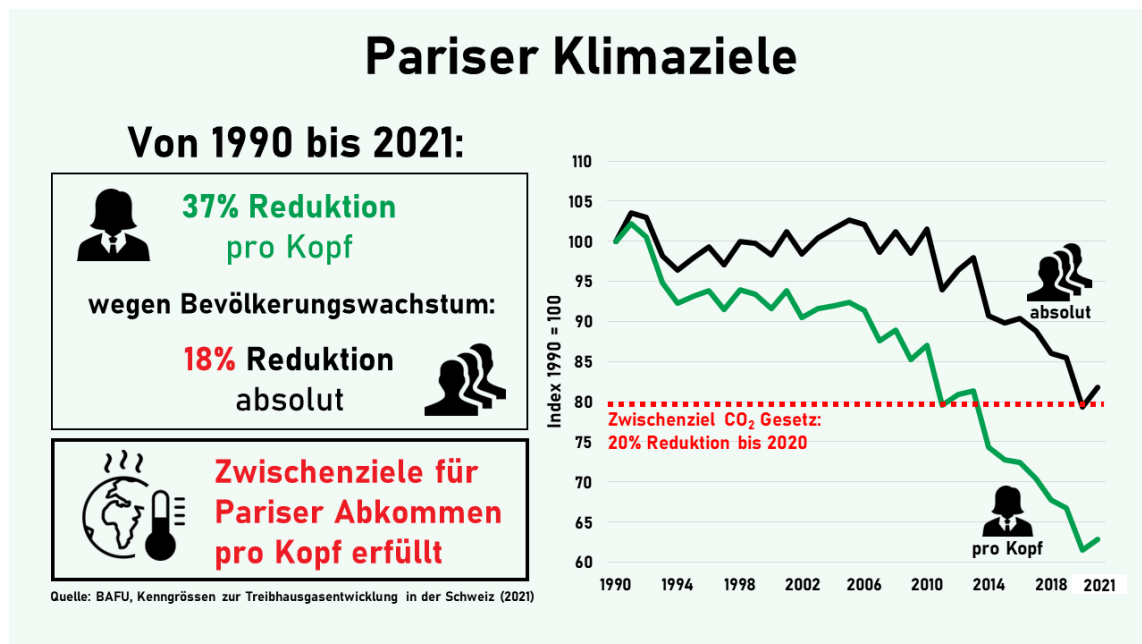


⁶² Quellen: BFE, Elektrizitätsstatistik (2021), Potenzialstudie Wasserkraft (2019).

Enorme Zunahme der Siedlungsfläche

Grüner Boden ist von grösster Bedeutung für die Biodiversität und leistet gemäss BAFU und EU einen wertvollen Beitrag fürs Klima: «Eine besonders wichtige Rolle spielt der Boden für das Klima. Im Boden ist mehr Kohlenstoff gespeichert als in der Atmosphäre und der Vegetation zusammen.» Dennoch wächst gemäss Bundesdaten die Siedlungsfläche täglich um beinahe 8 Fussballfelder. Selbst gemäss dem Bund ist das nicht nachhaltig. Zwischen 2009 und 2018 wuchs die Siedlungsfläche auf Kosten der Landwirtschaft und der Versorgungssicherheit um 180 Quadratkilometer. Dies entspricht mehr als zweimal der Fläche des Zürichsees und erhöht den Druck auf die Landwirtschaft und die Biodiversität. Ein Verlust der Biodiversität führt gemäss BAFU zu grossen Einbussen an Wohlstand und Wohlergehen. Wie lange wollen wir weiter Grünflächen verbauen und die Ernährungssicherheit gefährden? Wer das stoppen will, unterschreibt die Nachhaltigkeits-Initiative!⁶³

14. Zuwanderung verhindert Erreichung der Klimaziele

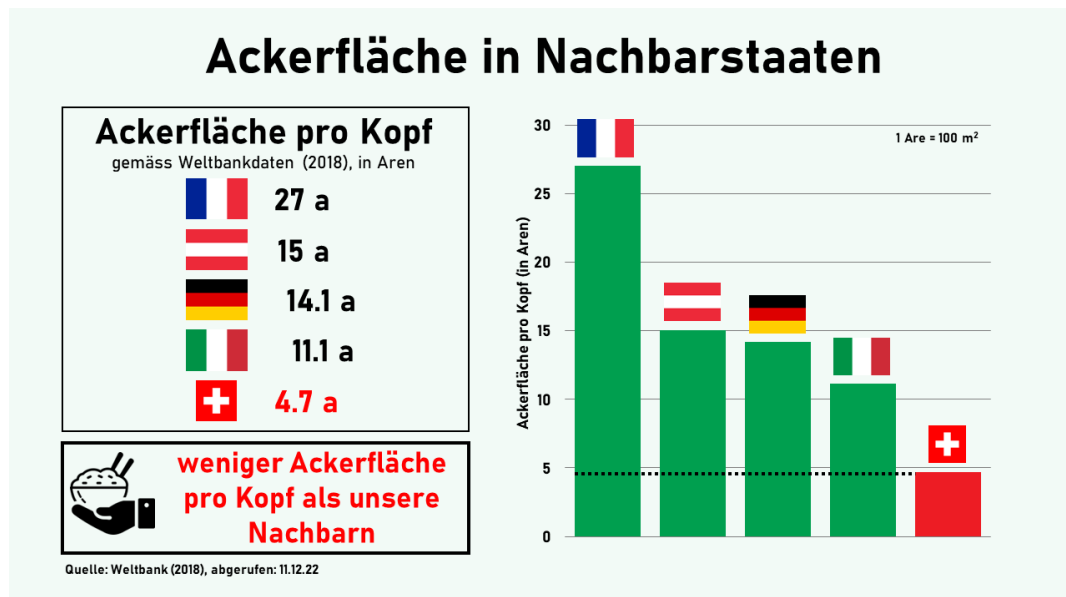


Gemäss den Daten des Bundesamtes (BAFU) hat die hiesige Bevölkerung ihren Treibhausgasausstoss in der Schweiz bis im Jahr 2021 gegenüber 1990 um 37 Prozent reduziert. Damit hätten wir das Zwischenziel des geltenden CO₂-Gesetzes (20 Prozent Reduktion des Treibhausgasausstosses bis 2020) fast um das Doppelte übertroffen. Doch das Bevölkerungswachstum hat dazu geführt, dass der Gesamtausstoss der Schweiz nur um 18 Prozent gesenkt werden konnte und die Ziele nicht erreicht wurden. Das hohe Bevölkerungswachstum macht sämtliche Sparbemühungen der Bürgerinnen und Bürger zunichte, und es wird für die Schweiz immer schwieriger, die Pariser Klimaziele zu erreichen. Ist das wirklich nachhaltig? Wer nicht so weitermachen will, unterschreibt die Nachhaltigkeits-Initiative!⁶⁴

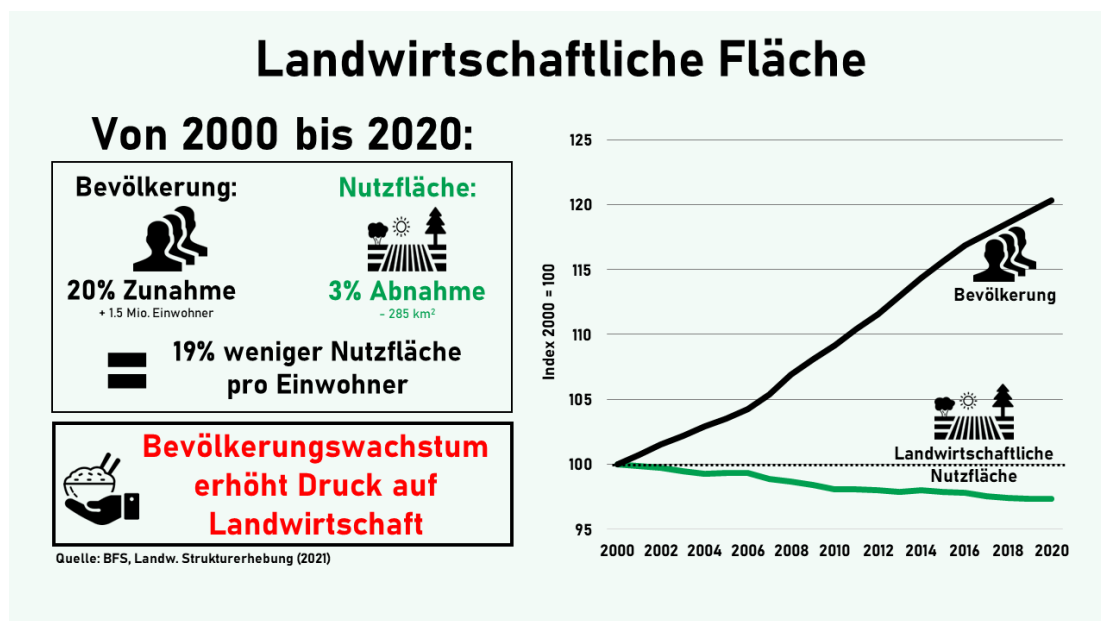
⁶³ Quellen: Bilanz der ständigen Wohnbevölkerung, Arealstatistik 2018.

⁶⁴ Quelle: BAFU, Kenngrössen zur Treibhausgasentwicklung in der Schweiz (2021).

15. Abnahme von Anbaufläche und Bauernbetrieben



Das Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL) schrieb 2021: «Die globale Nahrungsmittelproduktion kann gemäss Prognosen mittelfristig mit dem Bevölkerungswachstum mithalten. In der Schweiz ist dies hingegen nicht mehr der Fall.»⁶⁵ Gemäss Weltbank verfügt die Schweiz pro Kopf über weniger Ackerfläche als unsere Nachbarländer. Eine komplette Umstellung auf Bio würde die Nahrungsmittelproduktion um weitere 30 Prozent senken. Das Bevölkerungswachstum führt dazu, dass wir immer mehr Nahrungsmittel auf immer weniger Fläche herstellen müssen. Das verhindert, dass Bauern überhaupt auf Bio umstellen könnten. Kann das überhaupt so weitergehen? Wer das stoppen will, unterschreibt die Nachhaltigkeits-Initiative!⁶⁶



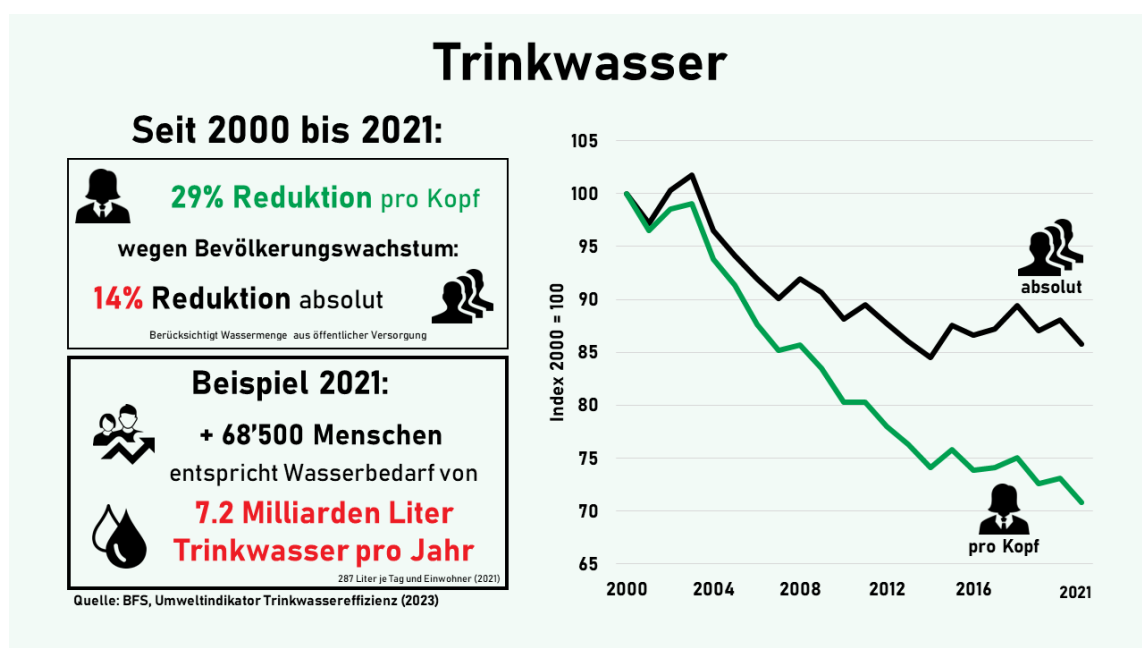
Immer weniger Nutzfläche, immer mehr Menschen

⁶⁵ Agroscope/BWL: Zunehmende Herausforderungen für die Ernährungssicherheit der Schweiz, 5.8.2021, <https://www.agrarforschungschweiz.ch/2021/08/zunehmende-herausforderungen-fuer-die-ernaehrungssicherheit-der-schweiz/>

⁶⁶ Quelle: Weltbank (2018), abgerufen: 11.12.2022.

Seit 2000 ist die Schweizer Bevölkerung um 20 Prozent oder 1,5 Millionen Menschen gewachsen. Haupttreiber ist die ungebremsste Zuwanderung. Im selben Zeitraum wurde die landwirtschaftliche Nutzfläche aufgrund von Verwaldung, insbesondere aber aufgrund des starken Siedlungsflächenwachstums, um 285 Quadratkilometer reduziert, was einer Abnahme von 3 Prozent entspricht. Mehr Menschen brauchen mehr Platz zum Wohnen, aber auch mehr Nahrung. Auf immer weniger Boden muss daher für immer mehr Menschen produziert werden. Die Konsequenz: Pro Kopf haben wir fast ein Fünftel (19 Prozent) weniger landwirtschaftliche Nutzfläche zur Verfügung. Wer die Versorgungssicherheit sichern und dieses masslose Wachstum stoppen will, unterschreibt die Nachhaltigkeits-Initiative!⁶⁷

16. Zusätzlicher Trinkwasser-Verbrauch



Von 2000 bis 2021 hat die Schweizer Bevölkerung ihren Trinkwasserverbrauch pro Kopf um fast ein Drittel (29 Prozent) reduziert. Das Bevölkerungswachstum durch die hohe Nettozuwanderung hat jedoch die Sparbemühungen ausgebrems, so dass der Trinkwasserverbrauch insgesamt um nur 14 Prozent gesenkt wurde. So wuchs beispielsweise die Bevölkerung in der Schweiz im Jahr 2021 um 68'500 Menschen an. Allein dieses eine Jahr Bevölkerungswachstum bedingt einen zusätzlichen Wasserverbrauch von 7,2 Milliarden Litern Wasser pro Jahr. Wer sich um die nachhaltige Wasserversorgung sorgt, unterschreibt die Nachhaltigkeits-Initiative!⁶⁸

⁶⁷ Quelle: BFS, Landwirtschaftliche Strukturerhebung (2021).

⁶⁸ Quelle: BFS, Umweltindikator Trinkwassereffizienz (2023).

17. Fazit

Fast **alle Probleme**, unter denen die Schweiz zu leiden hat, hängen zusammen mit dem masslosen **Bevölkerungswachstum** der letzten Jahre und Jahrzehnte. Dabei sind die Ressourcen unseres kleinen Landes in jeder Hinsicht beschränkt. Die heutige Siedlungsfläche macht nur gerade 7,5 Prozent seiner Gesamtfläche aus.

Weil die Einwanderung nicht kontrolliert werden kann, droht der Schweiz demnächst eine Bevölkerung von **10 Millionen Einwohnern**. Zum Vergleich: Unser östliches Nachbarland Österreich hat heute etwa gleich viele Einwohner wie die Schweiz, ist aber flächenmässig doppelt so gross.

Weder die Politiker noch die Kantone unternehmen etwas gegen die ungebremsste Bevölkerungszunahme. Dabei ist eine solche Entwicklung in jeder Beziehung das **Gegenteil von nachhaltig**. Darum muss jetzt die Bevölkerung handeln – mit der eidgenössischen **Nachhaltigkeits-Initiative** «Keine 10-Millionen-Schweiz!». Diese sorgt dafür, dass wieder eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung stattfindet, statt einer ungesteuerten, ungebremsen Zuwanderung. Die Volksinitiative verhindert, dass die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz die 10-Millionen-Grenzen vor dem Jahr 2050 überschreitet. Und sorgt auch für die weitere Zukunft dafür, die Bevölkerung etwa auf diesem Niveau zu stabilisieren.

Die Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» ist zwingend nötig zum Schutz unserer **Umwelt**, unserer **Lebensqualität**, unseres **Wohlstandes**, überhaupt unserer **Lebensgrundlagen**. Mittlerweile sehen zum Glück immer mehr Politiker, Journalisten und Wissenschaftler ein, dass es so nicht weitergehen kann. Sogar die Bundesämter können in ihren Berichten dem Problem des massiven Bevölkerungswachstums nicht mehr ausweichen.

Neuerdings wird immerhin öffentlich zugegeben, dass die Tatsache von zu vielen und den falschen Zuwanderern keinen Wohlstand für den Einzelnen bringt, sondern im Gegenteil die Gemeinschaft zunehmend belastet. Der **Wohlstand** pro Kopf leidet, die **Produktivität** lässt nach, die Sozialwerke werden herausgefordert.

Die Schweiz ist seit dem Jahr 2000 bevölkerungsmässig 16 mal schneller gewachsen als Deutschland. Dieses Wachstum ist zu 80 Prozent eine Folge der Netto-Zuwanderung. Die Gründe des **Wohnflächenwachstums** liegen zu fast 80 Prozent bei der Zuwanderung, während die Platzansprüche der Schweizer Bevölkerung nur minim gestiegen sind. 4 von 5 Wohnungen werden wegen der Zuwanderung gebaut.

Die **Staubelastung** auf den Strassen hat sich seit 2000 vervierfacht. Auch die **öffentlichen Verkehrsmittel** sind in den Stosszeiten chronisch überlastet und verstopft – und obendrein verlangt die EU neuerdings freien Zugang zu unserem Schienennetz. Obwohl Deutschland und Italien noch nicht einmal in der Lage sind, die versprochenen Anschlussinfrastrukturen an die Neat zu realisieren.

Der **Fachkräftemangel** – ein Wort, das die Schweiz vor der EU-Personenfreizügigkeit gar nicht kannte – hat sich seither ständig noch mehr verschärft. Es ist ein Teufelskreis, aus dem wir nicht herauskommen. Denn die Zugewanderten müssen stets aufs Neue durch zugewanderte Fachkräfte betreut, gepflegt, administriert und verpflegt werden.

Auch ist jeder **zweite Arbeitsloser** ein Zuwanderer, weshalb beispielsweise die Arbeitslosenversicherung in Schieflage geraten ist.

Durch die Zuwanderung gibt es viele **Schulklassen**, in denen nur noch ganz wenige Schweizer Kinder sitzen. Integrationsmassnahmen sind teuer und funktioniert dennoch nicht, die Leistungen fallen ab, der Schulraum muss ständig ausgebaut werden. Auch die **Hochschulen** sind in enormem Mass durch Zugewanderte belastet, während die Schweizer Steuerzahler die Kosten fast vollumfänglich tragen.

Der **Stromverbrauch** durch die Zuwanderer führt unter anderem dazu, dass unser Land immer mehr Strom importieren muss. Zwischen 2009 und 2018 hat die Siedlungsfläche und damit die **Grünflächenüberbauung** zweimal die Fläche des Zürichsees betragen. Das hat gemäss dem Bundesamt für Umwelt fatale Folgen für die **Biodiversität** und das **Klima**. Überhaupt hätte die Schweiz die Pariser Klimaziele ohne Zuwanderung locker erreicht.

Die Schweizer **Nahrungsmittelproduktion** kann mit dem Bevölkerungswachstum nicht mithalten. Das erhöht den Druck auf die Landwirtschaft, immer mehr Nahrungsmittel auf immer weniger Fläche zu produzieren. Obwohl die Schweizer Bevölkerung den **Trinkwasserverbrauch** seit 2000 um fast ein Drittel reduziert hat, konnte er wegen der Zuwanderung nur gerade um 14 Prozent gesenkt werden.

Alle dies sind wichtige und dringende Gründe, die Nachhaltigkeits-Initiative zu unterschreiben und eine 10-Millionen-Schweiz zu verhindern.